



## **Inhaltsverzeichnis**

<b>Türkei</b>	<b>Seite 01 bis 08</b>
<b>Irak</b>	<b>Seite 08 bis 12</b>
<b>Iran</b>	<b>Seite 12 bis 14</b>
<b>Syrien</b>	<b>Seite 14 bis 15</b>
<b>Libanon</b>	<b>Seite 15</b>
<b>Deutschland</b>	<b>Seite 15</b>
<b>Schweiz</b>	<b>Seite 15 bis 16</b>
<b>Publikationen</b>	<b>Seite 16 bis 18</b>
<b>Impressum</b>	<b>Seite 18</b>

### **Türkei:**

#### **600 neue Dorfschützer**

Im Kreis Uludere in Sirkak fordern Soldaten die männliche Bevölkerung dazu auf, sich als Dorfschützer zu bewerben. 600 neue Dorfschützer sollen dort für 500 YTL Gehalt den Dienst aufnehmen. Innerhalb einer Woche sollen sich 13 Personen beworben haben. *(Quelle: ANF, 13.01.07)*

#### **Eigentumsrechte auch von Christen stärken**

Istanbul. Nach der Verurteilung durch den Europäischen Menschenrechtsgerichtshof hat die türkische Regierung gesetzliche Nachbesserungen bei den Eigentumsrechten christlicher Minderheiten angekündigt.

Das Strassburger Urteil habe die Linie für die Neufassung des Stiftungsgesetzes vorgegeben, über die das Parlament demnächst beraten soll, sagte Vize-Ministerpräsident Mehmet Ali Sahin. Nach den Worten Sahins soll das Gesetz bei der Neuberatung nicht aufgeweicht, sondern auf Grundlage des Strassburger Urteils sogar ausgebaut werden. Denkbar sei die Aufnahme einer zusätzlichen Klausel, nach der die enteigneten Stiftungen auch für solches Eigentum entschädigt werden müssen, die nach der Enteignung an Dritte verkauft wurden.

*(Quelle: Kipa, 15.01.07)*

#### **Weitere Informationen zum Attentat auf Hrant Dink**

Erhan T., ein Student an der Karadeniz Technical University, wurde aufgrund der Beschuldigung festgenommen, Ogün Samast, der den leitenden Herausgeber der Zeitschrift Agos Hrant Dink getötet hatte, angestiftet zu haben. Yasin Hayal wurde zuvor wegen derselben Beschuldigung festgenommen.

Es wird behauptet, dass Erhan T. nur mit Yasin Hayal Kontakt hatte, nicht mit Ogün Samast und anderen Angeklagten. Berichten zufolge sagte Yasin Hayal aus, dass sie Hrant Dink töteten, weil er sich zum Genozid geäußert hatte. Yasin Hayal soll gesagt haben: "Ich veranlasste meine Freunde dazu,

Schießen zu üben. Ich übergab die Pistole Ogün, nachdem ich ihm das Ziel gezeigt hatte. Ich fühlte Verantwortung und brachte meine Freunde dazu, aktiv zu werden, weil der Staat nichts gegen Personen unternahm, die solche Äußerungen machen. Ich bin von dem Studenten Erhan T. beeinflusst worden.

Er sagte, dass wir so bald wie möglich aktiv werden müssten.“ Berichten zufolge kann Erhan T. in Zusammenhang mit der Tötung von Andrea Santoro, dem Priester der St. Maria Kirche in Trabzon gebracht werden. Halis Egemen, Präsident der Großen Einheitspartei (BBP) in Trabzon, fand einen Rechtsanwalt für Yasin Hayal, nachdem der auf Mc. Donald's in Trabzon eine Bombe geworfen hatte. Fatih Çakir, der Rechtsanwalt von Yasin Hayal, sagte bezüglich des Bombenanschlags auf Mc. Donald's: "Er steht in Beziehung zur BBP, anderenfalls hätte Halis Egemen, ein Präsident der Partei, mich nicht angerufen. Er fragte mich, ob ich seinen Freund Hayal verteidigen würde. Egemen ist ein Nachbar meines Vaters gewesen. Er hatte meine Freunde gebeten, ihnen zu helfen.

Ich sagte ihnen, dass ich mein Bestes als Rechtsanwalt tun würde. Er schien sich nach seiner Entlassung vier Monate später gebessert zu haben. Er besaß ein kleines Cafe. Er ist eine sehr verschwiegene Person. Der Präsident der BBP Muhsin Yazicioglu hatte behauptet, dass Yasin Hayal keine Verbindung zu seiner Partei habe. Der Sicherheitsdirektor in Istanbul Celalettin Cerrah äußerte am 22. Januar, dass der Mörder keine Verbindung mit einer Organisation habe und Ogün Samast nur unter Einfluss seiner nationalistischen Gefühle handelte. Diese Äußerung wurde später wie folgt korrigiert: "Die politische Dimension und Verbindungen des Mörders zu Organisationen werden derzeit untersucht“.

Der Gouverneur von Istanbul Muammer Güler verkündete, dass es vor Abschluss der Untersuchungen unmöglich sei, festzustellen, ob es Verbindungen zu Organisationen gibt oder nicht. Ogün Samast wurde am 21. Januar zum Tatort gebracht, jedoch wurden die Rechtsanwältinnen von Dinks Familie darüber nicht informiert. Rechtsanwalt Erdal Dogan sagte: "Wir haben auch über die festgenommene Person Informationen erhalten. Wir hätten ihn fragen sollen, während er am Ort des Vorfalls war... Die Gefangennahme des Mörders bedeutet, dass die staatsanwaltlichen Ermittlungen beginnen, aber es ist nicht genug, um die dahinter steckende Kräfte offen zu legen.“

*(Quelle: Milliyet, 23.01.07)*

#### **Bewegende Trauerfeier für ermordeten Journalisten Hrant Dink**

Zehntausende Menschen haben am Dienstag dem türkisch-armenischen Journalisten in Istanbul die

letzte Ehre erwiesen. Schon am frühen Morgen versammelten sich zahlreiche Trauernde vor den Redaktionsräumen der Zeitung "Agos", deren Herausgeber Dink gewesen war.

Dort hielt die Witwe eine kurze Ansprache und ließ einige weiße Tauben fliegen, bevor der Zug sich über rund acht Kilometer durch die Stadt zu der armenischen Patriarchatskirche bewegte, in der die Trauerfeier stattfand. Danach wurde Dink im Familiengrab beigesetzt. Der Journalist war am vergangenen Freitag in Istanbul auf offener Straße erschossen worden. Das Attentat auf Dink als einen der bekanntesten Vertreter der armenischen Minderheit hatte in der Türkei für Entsetzen und Empörung gesorgt.

Rund 6000 Polizisten waren im Einsatz, um den ständig wachsenden Trauerzug zu sichern. Viele Menschen warfen Blumen auf den Leichenwagen oder trugen Transparente mit der Aufschrift «Wir sind alle Hrant Dink» und «Wir sind alle Armenier». Auch Tafeln mit den Worten "Mörder 301" waren zu sehen - eine Anspielung auf den umstrittenen Paragraphen 301 des türkischen Strafgesetzbuches, der die "Beleidigung des Türkentums" unter Strafe stellt und oft als Instrument für den Rufmord an Intellektuellen gesehen wird.

(Quelle: EuroNews: 24.01.07)

### **Pamuk wurde bedroht**

**Einer der Verdächtigen im Fall der Ermordung des türkisch-armenischen Journalisten Hrant Dink hat offenbar den Literaturnobelpreisträger Orhan Pamuk bedroht.**

„Orhan Pamuk, seien sie clever!“, rief der nationalistische Extremist Yasin Hayal am Mittwoch, als er einem Gericht in Istanbul vorgeführt wurde. Hayal hat nach Angaben der Polizei gestanden, den jugendlichen Mörder Dinks zu der Tat angestiftet und die Mordwaffe bereitgestellt zu haben. Wie Dink war auch Pamuk mehrfach wegen „Verunglimpfung des Türkentums“ vor Gericht gestellt worden. Er wurde im vergangenen Jahr mit dem Literaturnobelpreis ausgezeichnet.

Pamuk hat die Justiz und die Regierung scharf kritisiert. Schuld an Dinks Tod trügen vor allem all jene, die an dem berüchtigten „Türkentum“-Paragraphen 301 des Strafgesetzbuches festhielten, sagte Pamuk nach einem Beileidsbesuch bei Dinks Familie und bei dessen Zeitung „Agos“. Ungeachtet mehrfacher Aufforderung durch die Europäische Union hat sich die türkische Regierung bisher geweigert, den Strafgesetzbuch-Paragraphen zu beseitigen. Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan hatte nach Dinks Tod angeordnet, dass Pamuk und andere prominente „301-Opfer“ unter Polizeischutz gestellt werden.

Der armenisch-apostolische Patriarch von Istanbul, Mesrob II. Mutafyan, rief zu verstärkten Anstrengungen gegen die „Armenier-Feindlichkeit“ in der türkischen Gesellschaft auf. Damit müsse in den Schulen und Schulbüchern begonnen werden, sagte der Kirchenführer am Dienstag bei der Trauerfeier für den Ermordeten in der Patriarchatskirche von Istanbul. Die Armenier in der Türkei, „die seit Tau-

senden von Jahren auf diesem Boden leben“, dürften nicht länger als „Ausländer und potenzielle Feinde“ betrachtet werden. Zugleich gab der Patriarch seiner Hoffnung auf einen Dialog zwischen der Türkei und Armenien Ausdruck. Dink habe sich für einen solchen Dialog eingesetzt und sich mutig allen Widerständen gestellt. Die Trauerfeier für Dink, an der auch Abgesandte der armenischen Regierung teilnahmen, habe Politiker aus der Türkei und Armenien zusammengeführt, sagte Mesrob II. „Es hätte ihn (Dink) wie uns alle glücklich gemacht, wenn sich hieraus ein echter Dialog entwickeln würde“, sagte der armenische Patriarch. ©©©©Wegen ihrer gegensätzlichen Haltung zum Massenmord an den Armeniern im Osmanischen Reich gibt es bisher keine Beziehungen zwischen der Türkei und dem Nachbarland Armenien. Die Grenze zwischen den beiden Ländern ist geschlossen.

Der Ökumenische Patriarch Bartholomaios I. von Konstantinopel, das Oberhaupt der Weltorthodoxie, hatte am Montag in einer Rede vor der Parlamentarischen Versammlung des Europarates in Straßburg einen Rechtsstatus für die christlichen Kirchen in der Türkei gefordert. Bartholomaios verwies aber auch auf die Fortschritte der Türkei bei der Anpassung an europäische Normen. „Wir haben zu allen Zeiten die europäischen Perspektiven der Türkei hinsichtlich ihrer Aufnahme in die Europäische Union unterstützt“, sagte der Ökumenische Patriarch. (Quelle: Vorarlberg Online, 24.01.07)

### **Ibrahim Güclü wurde verurteilt**

Der Sprecher des verbotenen kurdischen Vereins KÜRT-DER in Diyarbakir wurde am 24.01.2007 wegen „Beleidigung des Türkentums und der Republik Türkei“ gemäß §301 des Türkischen Strafgesetzbuches (TSGB) zu einem Jahr und 6 Monaten Gefängnisstrafe verurteilt. [www.kurdistan.nu](http://www.kurdistan.nu), 24.01.07

### **Die Türkei muss endlich rechtliche Sicherheit für die Kirche im Land schaffen**

Wenn der Papst ein Land besucht, dann hat das meist Folgen, auch wenn eine derartige Beobachtung nicht zum Tagesgeschäft der Medien gehört. Doch im Land selbst bleiben seine Gesten in Erinnerung und seine Reden zeigen Wirkung. Darauf lässt sich aufbauen. Im November 2006 hat Benedikt XVI. die Türkei besucht. Dieser Tage nun hat er im Vatikan den türkischen Botschafter empfangen und dabei nochmals auf die geohistorische Rolle der Türkei als Brücke zwischen Asien und Europa verwiesen. Auch vom Respekt für den Islam war wieder die Rede. Dem Kirchenoberhaupt ging es nicht um diplomatische Floskeln. Es ging und geht ihm um die bedrängte Situation der Christen in diesem Land, der Christen, die noch geblieben und nicht ausgewandert sind wie Hunderttausende.

Die türkische Verfassung garantiert Religionsfreiheit, doch sie ist das Papier nicht wert, auf dem sie steht. Türkei-Euphoriker in der Europäischen Union haben dies in der Vergangenheit gern ausgeblendet.

Solche Hinweise verderben vielleicht das Geschäft. Der Papst aber hat gegenüber dem Botschafter das Thema angesprochen, das essenziell ist für die Zukunft der Christen in der Türkei.

Der türkische Staat muss der Kirche endlich einen anerkannten rechtlichen Status zubilligen. Auch die Bildung einer offiziellen Dialoginstanz zwischen Bischofskonferenz und staatlichen Stellen fordert Benedikt.

Die Türkei muss begreifen, dass sie die Christen im Land nicht wie Menschen zweiter Sorte behandeln kann, während unter der planenden Hand der türkischen Religionsbehörde in Deutschland eine Moschee nach der anderen aus dem Boden gestampft wird.

Die Christen sind zwar eine Minderheit in der Türkei, aber sie sind tief in der Gesellschaft verwurzelt. Und sie sind Erben der ersten christlichen Gemeinden in Kleinasien. Das ist mehr als nur eine historische Fußnote. *(Quelle: Rheinischer Merkur, 25.01.07)*

### **Erdogan will "Türkentum" Paragraphen nur verändern**

Ministerpräsident R. Tayyip Erdogan hat sich gegen eine Abschaffung des umstrittenen Strafrechtsparagraphen 301 ausgesprochen, der Verunglimpfung des Staates und "Beleidigung des Türkentums" unter Strafe stellt. "An so etwas wie eine völlige Streichung denken wir nicht", sagte Erdogan am Sonntag auf Fragen von Journalisten in Istanbul, wie die türkische Nachrichtenagentur AA berichtete. Seine Regierung sei jedoch zu "Nachbesserungen" bereit und werde entsprechende Vorschläge prüfen.

Nach dem Mordanschlag auf den türkisch-armenischen Journalisten Hrant Dink waren in der Türkei erneut Forderungen nach einer Streichung des auch von der EU als Einschränkung der Meinungsfreiheit kritisierten Paragraphen laut geworden. Der in Istanbul auf offener Straße erschossene Journalist war wegen "Beleidigung des Türkentums" rechtskräftig verurteilt. Der mutmaßliche Attentäter und seine Hintermänner werden nationalistischen Kreisen zugerechnet. *(Quelle: Wiener Zeitung, 28.01.07)*

### **Dritter Drohbrief an Prof. Dr. Baskin Oran**

Prof. Dr. Baskin Oran, gegen den wegen des Minderheitenreport eine Anklage gemäß §301 des TSGB erhoben wurde, erhielt aus der Stadt Samsun einen erneuten Drohbrief. Prof. Oran sagte, dass es sich um einen dritten Brief handle.

Prof. Oran erstattete bei der Staatsanwaltschaft Anzeige. *(Quelle: Diyarbakir.net, 28.01.07)*

### **Klage gegen Zehn-Prozent-Hürde in Türkei abgewiesen**

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte in Strassburg hat eine Klage gegen die Zehn-Prozent-Hürde bei Wahlen in der Türkei abgewiesen. Das Recht auf freie Wahlen werde dadurch nicht verletzt.

Die Bestimmung ziele darauf ab, "eine übermäßige parlamentarische Zersplitterung zu vermeiden und

die Regierungsstabilität zu stärken", erkannten die Richter in ihrem am Dienstag bekannt gegebenen Urteil an. Sie verwiesen dabei auf die politische Instabilität, die die Türkei in den 70er Jahren durchgemacht habe. Geklagt hatten zwei Kandidaten der prokurdischen Partei DEHAP, die bei der Parlamentswahl 2002 im Wahlkreis Sirnak im Südosten des Landes 45,95 Prozent der Stimmen erhalten hatten.

Nach Ansicht des Gerichts hätten sie vorhersehen können, dass sie keinen Sitz im Parlament erhalten würden, wenn ihre Partei den Sprung über die Zehn-Prozent-Hürde nicht schafft. Landesweit war die DEHAP auf 6,2 Prozent gekommen. Allerdings bezeichneten es die Richter als wünschenswert, die Hürde abzusenken. Sie sei die höchste aller Mitgliedsländer des Europarats.

*(Quelle: Basler Zeitung, 30.01.07)*

### **Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte**

**Der europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat im vergangenen Jahr 1560 Urteile gefällt. Das sind über 40 Prozent mehr als im Vorjahr.**

Die mit Abstand meisten Entscheidungen betrafen mit 334 die Türkei, gefolgt von Slowenien (190 Urteile), die Ukraine (120) und Polen (115), sagte Gerichtshofpräsident Costa in Strassburg.

Angesichts des starken Anstiegs von Grundrechtsbeschwerden aus den 46 Europaratsländern warnte er vor einem «Herzinfarkt» der Institution, die «wegen ihres beträchtlichen Erfolgs in eine Krise des Größenwahns» gleiten könnte. Bis Jahresende waren fast 90 000 Fälle anhängig.

Im vergangenen Jahr ging es vielfach um Übergriffe von Militärs und Sicherheitsbeamten oder Mängel bei Justizverfahren. Russland und der Türkei wurden auch Verstöße gegen das Folterverbot vorgeworfen.

Deutschland liegt mit zehn Urteilen, davon eines über den Zwangseinsatz eines Brechmittels bei einem Drogenkurier, im Kreis der 46 Europaratsländer im Mittelfeld. Dazu zählt auch die Schweiz mit neun Urteilen. Dabei ging es unter anderem um die Meinungsfreiheit und um den Schutz des Privatlebens. Gegen Österreich wurden 21 Urteile ausgesprochen, die vielfach das Recht auf ein faires Verfahren betrafen.

Costa erwähnte ausdrücklich die Türkei, die langfristig große Fortschritte bei der Beachtung der Grundrechte gemacht habe. Ein Grund für die Höchstzahl von Urteilen sei ein Rückstau bei der Bearbeitung, da sehr viele Fälle militärischer Übergriffe sich vor über zehn Jahren ereignet hätten. Zur Wirkung des Gerichtshofes sagte Costa, dass die Berichterstattung über die Urteile «einen moralischen und politischen Druck» auf die Regierungen ausübe, um in Zukunft Menschenrechtsverletzungen zu verhindern. *(Quelle: sda/Azonline, 25.01.07)*

### **Untersuchung wegen „Kurdisch als Wahlsprache“**

Der Arbeits- und Sozialminister der Türkei, Murat Basesgioglu, hat gegen die Sozialversicherungsan-

stalt eine Untersuchung eingeleitet, weil im Fragebogen des Personalwesens dieser Anstalt die kurdische Sprache als Wahlsprache aufgeführt ist.

(Quelle: PNA, 29.01.07)

### **„Kurdistan“ auf der Web-Seite der Eurominority.eu**

Auf der Internetseite [www.eurominority.org](http://www.eurominority.org) sind auch Kurden als europäische Minderheiten aufgeführt, und zwar in Armenien, Georgien und in der Türkei.

Betreffend der Türkei ist die Bezeichnung „Kurdistan (Kurden in der Türkei)“ zu lesen. Außerdem ist auf der Seite auch die kurdische Flagge zu sehen.

Was werden wohl die türkischen Offiziellen zu diesem *Separatismus der EU* sagen? (IMK e.V.)

### **Fast jeden Tag ein "Ehrenmord"**

Die Zahl von rund 1800 "Ehrenmorden" in sechs Jahren nannte jetzt die für Familienpolitik zuständige türkische Staatsministerin Nimet Cubukcu. Fachleute gingen bislang von etwa 70 "Ehrenmorden" an türkischen Frauen pro Jahr aus. Eine Polizeistatistik vom März 2006 bezifferte die Zahl der Mordopfer, die wegen so genannter Ehrverletzungen sterben mussten, für die Jahre 2000 bis 2005 auf 1190, davon 710 Männer und 480 Frauen ...

(Quelle: Frankfurter Rundschau, 30.01.07)

### **Atatürks dunkles Erbe: In seinem Zeichen wird der "Tiefe Staat" geformt**

Wenn es um das Kopftuch geht, erinnert man sich in Europa gerne an Mustafa Kemal Atatürk. Im Zuge einer strikten Trennung von Staat und Religion erließ der Staatsgründer der Türkei das Verbot, dieses Symbol des Islam zu tragen. Weil sich der "Vater der Türken" auch in anderer Hinsicht die europäische Zivilisation zum Vorbild nahm, wird er in den Augen des Westens zum Vorbild im Kampf gegen den Islamismus.

Absurderweise sind es aber gerade die nach Atatürk benannten Kemalisten, die heute einem möglichen Beitritt zur EU wesentlich skeptischer gegenüber stehen als die gemäßigt-islamische Regierungspartei AKP. Ihnen sind andere Erbstücke aus Atatürks Vermächtnis mindestens ebenso wichtig:

Der Nationalismus, die Unterdrückung von Minderheiten wie Kurden oder Armeniern, eine starke Armee als Stütze des Staates.

Diese gilt nach Einschätzung von internationalen Strategieexperten bis heute als wirklicher Stabilitätsfaktor des Landes.

Aus Streit- und Sicherheitskräften, Justiz, nationalistischen Parteien, der rechtsextremen Untergrundorganisation der "Grauen Wölfe" und Teilen der Wirtschaft – jenen, die sich vor allem aus der umfangreichen Schattenwirtschaft finanzieren – rekrutieren sich Kräfte, die die türkische Identität allerdings auch mit Gewalt verteidigen wollen.

Die Existenz dieser einflussreichen und informellen Koalition, die im Türkischen als "derin devlet" ("Tiefer Staat") bezeichnet wird, wird von führenden Politikern seit Jahrzehnten beklagt. Jüngst warf AKP-Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan die

Frage auf, ob dieser "tiefe Staat" nicht der moralische Urheber des Mordes an dem türkisch-armenischen Journalisten Hrant Dink sei.

Diese Vermutung scheint sich nun zu bestätigen: Nach dem Attentat wurden Bilder aufgenommen, die den ultranationalistischen Täter in Siegerpose zusammen mit lächelnden Polizisten und Gendarmen zeigen – vor einem Atatürk-Denkmal. Zudem dürfte die Polizei schon elf Monate vor dem Mord Hinweise auf den geplanten Anschlag gehabt haben, ohne diesen nachzugehen.

Die Gendarmerie ist halb dem Verteidigungs- und halb dem Innenministerium unterstellt und im Südosten der Türkei maßgeblich für die Repression gegen die Kurden zuständig. Es gibt auch erdrückende Indizien dafür, dass die Streitkräfte in diesem Landesteil immer wieder blutige Anschläge verüben, um sie kurdischen Separatisten in die Schuhe zu schieben.

Fans hat der 17-jährige Mörder aber nicht nur in diesem Bereich – aus Solidarität mit ihm trugen Fußballzuschauer aus seiner Heimatstadt Trabzon im Stadion eine weiße Wollmütze, wie sie der Attentäter auf dem Fahndungsfoto aufgehabt hatte.

Der nationalistischen Welle kann sich auch die AKP nicht entziehen: Erdogan versprach, den von der EU beanspruchten Paragraphen 301, der die "Beleidigung des Türkentums" unter Strafe stellt, "nicht völlig" abzuschaffen.

(Quelle: Wiener Zeitung, 02. 02.07)

### **Ilisu-Staudamm: Kritik an Staatsgarantien für Bauunternehmen Züblin**

Menschenrechtsaktivisten, Umweltschützer und Politiker forderten am Freitag die Bundesregierung dazu auf, keine Hermesbürgschaft für den "hoch kontroversen" Ilisu-Staudamm in der Südosttürkei zu vergeben. Vertreibung, Umwelt- und Kulturzerstörung sowie eine Verschärfung des Wasserkonflikts in Nahost wären nach Auffassung der Kritiker Folgen des Projekts.

Nach Darstellung der globalisierungskritischen Organisation Weltwirtschaft, Ökologie und Entwicklung (WEED) soll die Bundesregierung im vergangenen Dezember dem deutschen Bauunternehmen Züblin mit einer "Grundsatzzusage" signalisiert haben, das Vorhaben unterstützen zu wollen. Mit dieser Zusage seien Auflagen verknüpft, die das Projekt mit internationalen Standards in Einklang bringen sollen. Wie diese Auflagen aber konkret aussähen, hält die Regierung laut WEED geheim.

Der Ilisu-Staudamm soll den Angaben zufolge den Tigris kurz vor der Grenze zu Syrien und Irak aufstauen. "Die türkische Regierung erhielt damit ein weiteres Machtpotenzial gegenüber den Nachbarländern Irak und Syrien", kritisiert WEED. Wertvolle Kulturgüter, darunter die mindestens 9.000 Jahre alte Stadt Hasankeyf, "sollen unter den Fluten des Stausees versinken".

Nur wenige Monumente würden in einen Archäologiepark verlegt werden.

### **WEED: Erst Bürgschaftsentscheidung - dann Studien über die Folgen**

Zudem würden zahlreiche seltene Tierarten ihren Lebensraum verlieren, ohne dass dies bisher umfassend untersucht oder Ausgleichsmaßnahmen konzipiert worden seien. Zwar müssten den Auflagen der Bundesregierung entsprechend weitere Studien über die Umweltauswirkungen erstellt werden. Aber: Nach Darstellung von WEED müssen diese "nicht vor der endgültigen Bürgschaftsentscheidung vorgelegt werden".

Bisher sei zudem nicht bekannt, wohin die 55.000 betroffenen Menschen umgesiedelt werden und "wovon sie dort ihren Lebensunterhalt bestreiten sollen". Es sei zu befürchten, dass der größte Teil von ihnen ein Leben in Armut führen werde. "Dies würde die sozialen Spannungen im Südosten des Landes, in dem es erst im März 2006 zu massiven Auseinandersetzungen zwischen der überwiegend kurdischen Bevölkerung und Sicherheitskräften kam, weiter verschärfen."

### **Ayboga: Praktisch niemand vor Ort befürwortet das Projekt**

"55.000 Menschen vor Ort fordern Mitsprachemöglichkeiten über ihr weiteres Schicksal", sagte Ercan Ayboga von der Bürgerinitiative gegen den Staudamm-Bau aus der überwiegend kurdisch besiedelten Südosttürkei am Freitag in Berlin. "Die Bundesregierung darf ihre Rechte nicht mit Füßen treten." Praktisch niemand vor Ort befürworte das Projekt. "Als Umwelt- und Menschenrechtsorganisationen lassen wir uns nicht mit nicht nachprüfbar Versprechungen ruhig stellen", sagte WEED-Mitarbeiterin Heike Drillisch. "Die Auflagen müssen umgehend veröffentlicht werden."

*(Quelle: ngo-Online, 02.02.07)*

### **Türkei droht nach Journalistenmord Polizeiskandal**

Nach dem Mord an dem Journalisten Hrant Dink droht in der Türkei ein neuer Polizeiskandal. Ein türkischer Nachrichtensender in Istanbul berichtet, die Ermittler hätten den mutmaßlichen Mörder in Heldenpose fotografiert. Außerdem hätten sie sich neben ihm ablichten lassen. Die Staatsanwaltschaft ermittle.

Der Polizei war bereits vorgeworfen worden, sie habe Hinweise auf den geplanten Anschlag ignoriert. Der Journalist Dink hatte öffentlich den Völkermord der Türken an den Armeniern kritisiert. Er wurde als Vaterlandsverräter beschimpft. Drohungen erhielt auch der Literaturnobelpreisträger Orhan Pamuk. Er sagte unter anderem seine Reise nach Deutschland ab. *(Quelle: MDR-Info, 02.02.07)*

### **Vorstandsmitglied des Menschenrechtsvereins verurteilt**

Das Verwaltungsgericht Elazig bestätigte das Urteil gegen Ridvan Kizgin, den ehemaligen Vorsitzenden der Zweigstelle des Menschenrechtsvereins in Bingöl, der vom Gouverneursamt von Bingöl nach den Artikel 31 und 32 des Vereinsgesetzes (Gesetz Nr. 5253) zu einer Geldbuße von 1.112 YTL verurteilt

worden war, weil er "Cewlik" statt "Bingöl" in einem Brief geschrieben hatte, den er an das Gouverneursamt und das Innenministerium schickte. *(Quelle: Gündem, 02.02.07)*

### **Luftschlag gegen die PKK-Lagern**

Die türkische Staatsmacht muss den öffentlichen Stimmungen Rechnung tragen und kann es sich gegenwärtig nur leisten, an Plänen für einen Luftschlag gegen die Lager der Separatisten aus den Reihen der Kurdischen Arbeiterpartei PKK in Nordirak festzuhalten, berichtete die Zeitung New Anatolian.

Unter Berufung auf Regierungsquellen schreibt sie, die Regierung halte angesichts der Stimmungslage im Land einen breit angelegten Truppeneinmarsch in Nordirak, so wie ursprünglich geplant, nicht für sinnvoll. Dafür habe insbesondere auch die Haltung der USA gesorgt, die sich gegen Operationen der türkischen Armee in der Region gewandt hätten, und zwar in der Befürchtung, dass ein massives Militärengagement die explosive Lage im Nordirak noch weiter verschärfen würde.

Die türkischen Militärs würden mehrere Operationspläne gegen die angrenzenden Gebiete prüfen, wo sich nach verschiedenen Angaben ungefähr 3 000 PKK-Kämpfer aufhalten und von wo aus sie von Zeit zu Zeit zu Diversionsakten in die Türkei eindringen. Der türkische Generalstab arbeitet auf Weisung der Regierung schon seit Juli vergangenen Jahres an den Operationsplänen in Nordirak. Seit diesem Zeitpunkt ist auch eine große Streitkräftegruppierung mit mehr als 200 000 Mann in den Grenzgebieten stationiert.

New Anatolian will erfahren haben, dass der türkische Außenminister Abdullah Gul bei seinem am Montag beginnenden Arbeitsbesuch in Washington mit der US-Administration über die geplanten Luftschläge gegen Nordirak sprechen will. In der zweiten Februarhälfte werde dann auch Generalstabschef Yasar Buyukanit zu Gesprächen in die USA reisen. Beobachter gehen davon aus, dass die Luftschläge in Nordirak nicht vor dem Frühjahr geführt werden. Frühere Militäroperationen der Türkei in Nordirak hatten zu scharfen Protesten in Irak und in den USA geführt. Der langjährige Konflikt mit der PKK hat bereits mehr als 37 000 Menschenleben gefordert. Ankara lehnt jeden Dialog mit den kurdischen Separatisten kategorisch ab und will die Auseinandersetzungen gewaltsam beenden.

*(Quelle: russland.RU, 05.02.07)*

### **Türkischer Kriegsdienstverweigerer Halil Savda schwer misshandelt**

Wie die türkische Rechtsanwältin Suna Coskun am vergangenen Wochenende berichtete, wurde der Kriegsdienstverweigerer Halil Savda in der 8. Panzerbrigade in Tekirdag (Türkei) im Arrest schwer misshandelt. „Der diensthabende Hauptfeldwebel, zwei Wachhabende und ein Offizier drückten Halil Savda in der Zelle mit dem Gesicht gegen die Wand, drückten seine Beine auseinander und begannen ihn zu schlagen. Nachdem er auf den Boden gefallen war, traten sie ihn weiter und schrien: „Du

bist ein Verräter, Du bist ein Terrorist.“ Zudem zwangen sie ihn, seine Kleidung auszuziehen und sperrten ihn drei Tage lang in eine Zelle ohne Sitz- oder Schlafgelegenheit, so dass er nur mit seiner Unterwäsche bekleidet auf dem nackten Betonboden schlafen musste. Halil Savda befindet sich weiter im Arrest in der Einheit der 8. Panzerbrigade in Tekirdag.

Der Vorsitzende von *Connection e.V.*, Franz Nadler, zeigte sich angesichts der neuen Ereignisse in der Türkei schwer betroffen: „Wieder einmal zeigt sich, dass Kriegsdienstverweigerer in der Türkei völlig rechtlos sind. Es wird dringend Zeit, dass die Europäische Union Druck ausübt, um die Verwirklichung des Menschenrechts auf Kriegsdienstverweigerung in der Türkei durchzusetzen.“

Rudi Friedrich von *Connection e.V.*, der gerade für eine Woche in der Türkei war, ergänzte: „Ein immer weiteres Spektrum von Organisationen unterstützt die Kriegsdienstverweigerer in der Türkei. Das zeigte sich auf einer Konferenz, die Ende Januar im Istanbul zum Thema stattfand.

Aber die türkische Regierung und das türkische Militär setzen ihre Verfolgung fort. Selbst bestehende Gerichtsbeschlüsse, wie das Urteil des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte im Fall des türkischen Kriegsdienstverweigerers Osman Murat Ülke, der acht Mal verurteilt worden war, werden nur unzureichend umgesetzt.“ Mit dem im Januar 2006 ergangenen Urteil des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte wurde die türkische Praxis als "unverhältnismäßig" angesehen, Kriegsdienstverweigerer wiederholt einzuberufen, wegen Befehlsverweigerung oder Desertion zu verurteilen und nicht aus dem Militärdienst zu entlassen.

*Connection e.V.* fordert die türkische Regierung dazu auf, Halil Savda umgehend aus der Haft und dem Militärdienst zu entlassen, die Verfolgung von Kriegsdienstverweigerern einzustellen und die Kriegsdienstverweigerung anzuerkennen.

*Connection e.V.* bittet um Protestschreiben an: Generalstab des türkischen Militärs; Fax: 0090-312-4250813

Präsident der Türkischen Republik, Ahmet Necdet Sezer, Cankaya Kosku, Şehit Ersan Caddesi, No. 14, Çankaya, Ankara, Turkey; Fax: 0090-312-4271330

Ein E-Mail an den türkischen Präsidenten Ahmet Necdet Sezer kann über folgenden Link versandt werden:

<http://wri-irg.org/co/alerts/20061207a.html>.

gez. Franz Nadler

(Pressemitteilung vom 5. Februar 2007)

### **Couchepin in der Türkei um Klartext bemüht**

#### **Armenierfrage und Integrationsprobleme angesprochen**

Auf seiner Reise in der Türkei hat Bundesrat Pascal Couchepin einen Höflichkeitsbesuch bei Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan abgestattet. Dabei

plädierte Couchepin für eine internationale Historikerkommission in der Armenierfrage.

Die Geschichte müsse von den Historikern beurteilt werden, sagte Couchepin gegenüber Erdogan.

#### **«Keine Vorreiterrolle der Schweiz»**

Gegenüber dem Westschweizer Radio TSR erklärte Couchepin nach dem Treffen: «Die türkischen Behörden gaben dem Wunsch Ausdruck, dass die Schweiz keine Vorreiterrolle übernehme, da die UNO die Ereignisse von 1915 nicht als Völkermord anerkannt hat.»

Couchepin sagte Erdogan, es wäre ihm lieber, in der Schweiz würden die Massaker an den Armeniern als solche bezeichnet und nicht als Völkermord.

#### **Internationale Historikerkommission**

Eine internationale Historikerkommission müsse die Ereignisse bewerten und nicht die Politik, sagte Jean-Marc Crevoisier, der Sprecher von Couchepins Departement des Innern, zu Couchepins Äusserungen weiter.

#### **Gerichtsverfahren in Winterthur und Lausanne**

Erdogan erklärte gemäss Crevoisier, er hoffe auf eine baldige Lösung der Justizfälle in Winterthur und Lausanne. Gemäss Crevoisier sagte Couchepin, die Gerichte in der Schweiz seien unabhängig. In Winterthur und Lausanne sind ein türkischer Linksnationalist und ein Historiker wegen Verstoß gegen die Antirassismus-Strafnorm angeklagt. Sie stritten an Vorträgen den Völkermord an den Armeniern ab. In der Schweiz anerkennen einige Kantonsparlamente und der Nationalrat den Völkermord an den Armeniern, nicht aber der Bundesrat. Die Völkermordfrage sorgt in den Aussenbeziehungen der Türkei immer wieder für Unstimmigkeiten - nicht nur mit der Schweiz. (...)

#### **Treffen mit Vertretern der Kurden**

Heute reist der Bundesrat in den Südosten der Türkei, wo eine kurdische Bevölkerungsmehrheit lebt. Er trifft dort mit lokalen Behördenvertretern zusammen. Zudem besucht er von der Schweiz unterstützte Kooperationsprojekte. Am Freitag findet in Istanbul ein Treffen mit türkischen Intellektuellen statt. (*Quelle: SF, 07.02.07*)

#### **Bestätigung der Urteile gegen Desde und Bakir durch den Kassationshof**

Aus aktuellem Anlass möchte das Demokratische Türkeiforum erneut auf den Fall von dem in Landshut (Bayern) ansässigen deutschen Staatsbürger Mehmet Desde (geb. 1959) und dem in Berlin lebenden Journalisten Mehmet Bakir (geb. 1963) aufmerksam machen.

In den nächsten Tagen werden sie die Reststrafe einer am 16. März 2006 vom ehemaligen Staatssicherheitsgericht (SSG) in Izmir verhängten Freiheitsstrafe von 2,5 Jahren antreten müssen. Neben der Tatsache, dass Mehmet Desde und Mehmet Bakir nach einem unfairen Gerichtsverfahren verurteilt wurden

(vgl. den AI-Bericht "Turkey-Justice Delayed and Denied,

<http://web.amnesty.org/library/Index/ENGEUR440132006?open&of=ENG-TUR>),

in dem Aussagen von Mitangeklagten, die unter Folter erpresst worden sein sollen, eine zentrale Rolle spielten. Darüber hinaus besteht im Fall von Mehmet Desde im Falle seines Haftantritts Besorgnis darüber, dass sich seine erheblichen Gesundheitsprobleme, von denen angenommen werden kann, dass sie durch die im Juli 2002 erlittene Folter und anschließende Untersuchungshaft von fast 6,5 Monaten entweder entstanden sind oder sich verstärkt haben, während einer längeren Haftdauer verschärfen. Auch für Mehmet Bakir gilt, dass ein längerer Aufenthalt in den Hochsicherheitstrakts (genannt F-Typ Gefängnis) mit Isolationshaft oder Kleingruppenisolation zu gesundheitlichen Problemen führen kann (siehe hierzu auch einen Bericht des Europäischen Komitees zur Verhinderung der Folter). Die Bestätigung eines nach rechtsstaatlichen Prinzipien unhaltbaren Urteils gegen Personen, von denen zwei unter dem besonderen Schutz der Bundesrepublik Deutschland stehen sollten, kommt einem Skandal gleich, denn am 29.06.2006 wurde der Artikel 7 des Gesetzes zur Bekämpfung des Terrorismus, nach dem die Angeklagten verurteilt wurden, grundsätzlich geändert. Dementsprechend hatte der Staatsanwalt am Kassationshof auch eine Zurückverweisung an die 1. Instanz gefordert, um den Fall aufgrund dieser Änderungen noch einmal zu überprüfen.

#### **Hintergrund:**

Mehmet Desde und Mehmet Bakir waren auf dem Weg zur Ferienwohnung der Eltern von Mehmet Bakir, als sie am 9. Juli 2002 festgenommen wurden. Vier Tage lang wurden sie bei der politischen Polizei in Bozyaka (Izmir) verhört. Rechtsbeistand wurden ihnen verweigert.

Sie machten aber trotz physischer und psychischer Folter keine Angaben, bzw. machten deutlich, dass sie Fragen nach einer Organisation, der Bolschewistischen Partei Nordkurdistan-Türkei, von der sie noch nie etwas gehört hatten, nicht beantworten konnten. Da andere Häftlinge sie aber in "Geständnissen", die sie vor Gericht mit deutlichem Hinweis auf Folter widerriefen, als Mitglieder dieser Organisation beschuldigten, kamen Mehmet Desde, Mehmet Bakir und 3 Mitangeklagte in Untersuchungshaft, wo sie bis zum 21. Januar 2003 blieben. Am gleichen Tag wurde ein Ausreiseverbot gegen Mehmet Desde und Mehmet Bakir verhängt, das bis heute gültig ist.

Der Staatsanwalt am Staatssicherheitsgericht (SSG) Izmir klagte sie zunächst nach Artikel 168 des türkischen Strafgesetzes (TStG) wegen Mitgliedschaft in einer bewaffneten Bande an. In der Hauptverhandlung wurde der Vorwurf dann auf Mitgliedschaft in einer terroristischen Organisation abgeändert (Artikel 7 des Anti-Terror-Gesetzes), da keine bewaffneten Aktionen der Organisation bekannt waren. Eine terroristische Organisation setzt nach Artikel 1 ATG jedoch voraus, dass sie mit Mitteln

wie "Drohung und Einschüchterung" arbeitet. Dieser Nachweis wurde vom Gericht nie erbracht.

Das Gericht stellte die von einigen Gefangenen erforderten Aussage nicht in Frage, der anwesende Staatsanwalt regte ebenso wenig Ermittlungen gegen die Folterer an und akzeptierte, wie später das Gericht, die erforderten Aussagen als Beweis.

Am 24. Juli 2003 sprach das SSG Izmir ein erstes Urteil.

Die Angeklagten Mehmet Desde, Maksut Karadag, Hüseyin Habib Taskin, Serafettin Parmak und Mehmet Bakir wurden als Gründer und leitende Mitglieder einer terroristischen Organisation nach Artikel 7 ATG zu einer Strafe von je 50 Monaten Haft und einer Geldstrafe von 7,27 Milliarden TL (ca. 4.800 Euro) verurteilt. Metin Özgünay, Ömer Güner und Ergün Yildirim wurden wegen Unterstützung dieser Organisation zu je 10 Monaten Haft und Geldstrafen von 795 Millionen TL verurteilt.

Die Angeklagten Hatice Karadag und Fatma Tufaner wurden freigesprochen. Die Verurteilten legten Revision ein. Die Angeklagten blieben auf freiem Fuß. Im April 2004 hob der Kassationshof dieses Urteil auf und es musste erneut in Izmir verhandelt werden, wo das SSG nun die 8. Kammer des Gerichts für Zuchthausstrafen geworden war. Am 12.10.2004 verurteilte dieses Gericht die Angeklagten zwar nicht mehr wegen führender Mitgliedschaft, aber wegen einfacher Mitgliedschaft, so dass sich die Strafen auf 2,5 Jahre Haft reduzierten. Der Staatsanwalt hatte mit Hinweis auf die Vorschriften im ATG auf Freispruch plädiert. Auch dieses Urteil ging in Revision.

Im November 2005 schickte der Staatsanwalt am Kassationshof die Akte wieder nach Izmir mit der Bemerkung, dass neue Gesetze in Kraft getreten seien und das Urteil dementsprechend überprüft werden müsse.

Am 16. März 2006 fand dann eine Verhandlung statt, in der die 8. Kammer des Gerichts für Zuchthausstrafen in Izmir sein Urteil vom 12.10.2004 bestätigte, obwohl der Staatsanwalt und die Verteidigung auf Freispruch plädiert hatten.

#### **Notiz zum Strafvollzug:**

Politische Gefangene (d.h. alle Personen, die nach dem ATG verurteilt wurden) haben drei Viertel (75%) ihrer Strafe zu verbüßen, bevor sie bedingt aus der Haft entlassen werden können. Untersuchungshaft wird auf die Strafhaft angerechnet. Das bedeutet: bei einer Haftstrafe von 30 Monaten müssen 22,5 Monaten "abgesessen" werden. Da die Gefangenen schon ca. 6,5 Monaten in Haft waren, werden sie mindestens weitere 16 Monaten in Haft sein.

#### **Prozess gegen ermordeten Dink fortgesetzt**

Trotz der Ermordung des Angeklagten hat ein türkisches Gericht einen Prozess gegen den armenisch-türkischen Journalisten Hrant Dink wegen "Beleidigung des Türkentums" fortgesetzt. Wie der türkische Nachrichtensender NTV meldete, wurde

gestern in einem Verfahren vor einem Istanbuler Gericht gegen Dink verhandelt.

Dabei ging es um eine Verurteilung Dinks wegen angeblicher "Beleidigung des Türkentums"; der Fall war im vergangenen Jahr vom obersten Berufungsgericht in Ankara wieder an das Gericht in Istanbul zurückverwiesen worden.

### **Von Jugendlichen erschossen**

Da dem Gericht noch keine offizielle Benachrichtigung über den Tod des Angeklagten vorlag, wurde der Prozess nun auf Juni vertagt.

Dink wurde am 19. Januar in Istanbul von einem Jugendlichen erschossen, hinter dem militante Nationalisten standen. Der Journalist war durch seine Forderung nach einer Debatte über die türkischen Massaker an den Armeniern zwischen 1915 und 1917 zu einer Hassfigur türkischer Nationalisten geworden.

### **Geheimdienstchef suspendiert**

Ein hoher Beamter der türkischen Polizei wurde unterdessen wegen schwerer Versäumnisse im Fall des ermordeten Journalisten seines Amtes enthoben. Ahmet Ilhan Güler, der Chef der Geheimdienstabteilung der Polizei in Istanbul, sei auf Empfehlung von Sonderermittlern hin gefeuert worden, erklärte das Innenministerium in Ankara nach Presseberichten heute. Güler wurde vorgeworfen, Hinweise auf einen bevorstehenden Mordanschlag auf Dink nicht ernst genommen und nicht an Vorgesetzte weitergegeben zu haben.

*(Quelle: ORF.at, 07.02.07)*

## **Irak:**

### **"Wir Kurden sind ein Teil der Lösung"**

"Wir sind und bleiben Teil des Irak – solange der Staat föderalistisch, pluralistisch und demokratisch ist". Der Präsident der Autonomen Region Kurdistan, Massud Barzani, ist Realist: "Natürlich haben wir den Traum von Kurdistan – aber man muss sich Ziele setzen, die erreichbar sind. Schon in den 60er-Jahren war unsere Parole: Demokratie im Irak zuerst, Kurdistan als nächstes." Während alle Welt täglich die Nachrichten von Blutvergießen und Terror in Bagdad sieht, solle sie auch würdigen, dass in diesem Teil des Landes friedlich am Wiederaufbau gearbeitet wird.

"Wir waren und sind nicht ein Teil des Problems, sondern der Lösung". Der 60jährige Chef der Kurdisch-Demokratischen Partei (KDP) hat nicht vergessen, dass Österreich 1975 das erste Land war, das kurdische Flüchtlinge aufnahm, und empfängt daher die österreichische Wirtschaftsdelegation in seiner erst im Dezember bezogenen neuen Residenz auf einer Bergkuppe 35 Kilometer außerhalb Erbils besonders herzlich.

Dass jetzt auch kurdische Einheiten in Bagdad eingesetzt werden sollen, unterstützt Barzani: Diese Truppenteile gehörten zur irakischen Armee und unterstehen der Zentralregierung in Bagdad. Dass die Sicherheitslage im Norden dadurch prekärer

werden könnte, verneint er: "Wir haben unser System installiert". Insgesamt sollen drei Bataillone kurdischer Peshmerga aus Dohuk, Erbil und Sulaimaniya nach Bagdad verlegt werden und dort als Puffer zwischen den rivalisierenden Schiiten und Sunniten agieren.

Barzani tritt vehement dafür ein, dass das umstrittene Referendum über die Zukunft der auch von Arabern und Turkmenen beanspruchten Ölregion um Kirkuk im Herbst 2007 stattfindet: "Kirkuk ist eine irakische Stadt mit kurdischer Identität." Das Referendum nicht abzuhalten wäre "eine Katastrophe". Die Aussage des türkischen Premiers Recep Tayyip Erdogan, die Türkei werde ein kurdisches Kirkuk nicht akzeptieren, sieht er gelassen: "Er muss Wahlkampf führen".

Die Türkei solle sich nicht in innere Angelegenheiten des Irak einmischen. *(Quelle: WZ, 23.01.07)*

### **"Kurden haben Recht auf einen eigenen Staat"**

**IRAK. Massud Barzani, Präsident der autonomen Kurdenregion im Nordirak, hat seinen Traum von völliger staatlicher Unabhängigkeit nur vorläufig beiseite gelegt. Scharfe Kritik an US-Razzia gegen Iraner in Erbil.**

Die Männer am Checkpoint lassen sich Zeit. Akribisch öffnen sie alle Taschen und breiten deren Inhalt auf dem Asphalt aus. Ein junger Mann in Tarnanzug lässt einen Sprengstoffhund an den Kameras, Handys und Rucksäcken schnüffeln. Die kurdischen Kämpfer gehen kein Risiko ein - selbst bei Besuchern aus Europa. Denn sie bewachen einen Mann, der weit oben auf der Abschussliste von al-Qaida und anderer Extremisten im Irak steht: Massud Barzani, den Präsidenten der autonomen Kurdenregion im Norden des Landes.

Barzani residiert hoch über der Kurden-Hauptstadt Erbil, vor dem Panorama der schneebedeckten Safin-Berge. Heute empfängt er in seinem Präsidentenpalast bei Salahaddin Besucher aus Österreich: eine Delegation der Austrian Airlines, begleitet von der US-Botschafterin in Wien, Susan McCaw, und eine Abordnung der Wirtschaftskammer Österreich.

Die kurdischen Sicherheitskräfte haben bisher verhindert, dass sich auch in ihrer Region Chaos und Terror ausbreiten, so wie im Rest des Irak.

Deshalb werden die Kurdengebiete für ausländische Firmen und Investoren immer interessanter, auch für Österreicher. Präsident Barzani würde sich freilich noch mehr ausländische Investoren wünschen: "Alle Berichte über Irak zeigen nur Tote und Massaker.

Die Menschen vergessen, dass in der Kurdenregion Frieden und Stabilität herrschen."

Umso erboter zeigt sich Barzani über die jüngste "Antiterror-Operation" der Amerikaner in Erbil. Mitte Jänner nahmen US-Spezialeinheiten in der Kurden-Stadt fünf Iraner fest. Teheran behauptete, die Verhafteten seien Diplomaten. Die USA sprachen jedoch von Revolutionsgardisten, die den Terror im Irak unterstützten.

"Die Vorgangsweise der Amerikaner in Erbil war falsch. Es war ein falscher Schritt zur falschen Zeit

an einem falschen Ort", meint dazu der Präsident. Die kurdischen Behörden duldeten nicht, dass der Iran, Syrien, die Türkei oder andere Länder in Erbil geheime Operationen durchführten. Das gelte genauso für "die USA und andere Verbündete".

Barzani weist auch Meldungen zurück, wonach einer der nun verhafteten Iraner der Kopf des Terrorkommandos war, das 1989 in Wien den iranischen Kurdenführer Ghassemlou ermordete: "Keiner der fünf Festgenommenen war am Attentat in Österreich beteiligt."

Trotz dieser Misstöne gehören die Kurden nach wie vor zu Washingtons wichtigsten Verbündeten im Irak. Ihre Peshmerga-Kämpfer waren 2003 Seite an Seite mit den Amerikanern gegen Saddam Hussein marschiert, den Diktator, der für den Tod hunderttausender Kurden verantwortlich war.

Dass sie heute selber für Sicherheit in ihren Gebieten sorgen können, entlastet die US-Truppen. Und Kurden engagieren sich auch in den Institutionen des gesamten Irak. So ist Jalal Talabani, neben Barzani der zweite starke Mann bei den Kurden, irakischer Präsident. Die Idee von einem unabhängigen Kurdenstaat musste dafür beiseite gelegt werden.

Ganz aufgegeben wurde dieser Traum aber offenbar nicht. "Wie jedes andere Volk der Welt haben auch die Kurden das Recht auf einen eigenen Staat", bekräftigt Barzani. "Aber wir sind realistisch. Deshalb arbeiten wir heute für den Aufbau eines föderalen, demokratischen und pluralistischen Irak". Eigenstaatlichkeit werde erst kommen, "wenn die Zeit und die Umstände dafür reif sind".

Für die Nachbarländer des Irak wäre ein eigener Kurdenstaat eine Schreckensvision. Vor allem die Türkei befürchtet, dass damit die Unabhängigkeitsbestrebungen der türkischen Kurden verstärkt würden.

Der türkische Premier Erdogan hatte zuletzt gewarnt, er werde niemals zulassen, dass die von Kurden, Arabern und Turkmenen besiedelte nord-irakische Stadt Kirkuk Teil der kurdischen Autonomiegebiete werde. Barzani zeigt sich davon wenig beeindruckt: "Wir wollen gute Beziehungen zur Türkei und allen unseren anderen Nachbarn. Aber Kirkuk ist eine Stadt im Irak, und die Aussage Erdogans ist eine Einmischung in innere irakische Angelegenheiten."

Die Türkei fürchtet, dass die Eingliederung des erdölreichen Kirkuk in die Kurdengebiete die Chancen auf einen wirtschaftlich überlebensfähigen Kurdenstaat erhöhen würde. Zudem moniert Ankara, dass die turkmenische Volksgruppe in Kirkuk von den Kurden schikaniert werde. Barzani weist das zurück: "Kirkuk wird eine irakische Stadt mit einer kurdischen Identität werden und ein Beispiel für das friedliche Zusammenleben vieler verschiedener Volksgruppen und Religionen."

Auf Druck der Kurden war in die irakische Verfassung der Artikel 140 aufgenommen worden. Dieser sieht vor, dass Araber, die von Saddam in Kirkuk angesiedelt worden sind, gegen Entschädigung in den Südirak zurückkehren müssen. Damit soll Platz

für die Rückkehr vertriebener Kurden geschaffen werden.

Am Ende soll ein Referendum darüber entscheiden, ob Kirkuk Teil der Kurdengebiete wird. "Wenn manche glauben, dass die Implementierung von Artikel 140 zu Problemen führt, ist das falsch", sagt Barzani. "Das Gegenteil ist der Fall: Wenn die Bestimmung nicht umgesetzt wird, wäre das ein Desaster." (Quelle: Die Presse.com, 24.01.07)

### **Stellungnahme zu türkischen Drohungen**

Mit einem Sechs-Punkte-Papier hat das Parlament der Föderalen Region Kurdistan deutlich gemacht, eine Intervention der Türkei sowie eine Verschiebung des Referendums zu Kirkuk nicht zu akzeptieren. Das Papier wurde nach einer außerordentlichen Parlamentsdebatte zum Thema „Drohungen und Einmischung der Türkei in die inneren Angelegenheiten der Region Föderales Kurdistan“ verabschiedet. Auch die Regierung des Iraks sei aufgefordert, Interventionen ausländischer Staaten zu unterbinden.

Die USA, Großbritannien sowie die EU sollten zum gleichen Zweck Druck auf die Türkei ausüben. (Quelle: ANF, 25.01.07)

### **Das Parlament von Kurdistan: "Eine Einmischung der Türkei in die inneren Angelegenheiten Iraks und des Bundeslandes Kurdistan lehnen wir ab"**

*Arbil* - Das Parlament des Bundeslandes Kurdistan hat am 24. Januar 2007 bei seiner außerordentlichen Sitzung die Drohungen der Türkei bezüglich Kirkuk und Bundesland Kurdistan beraten und im Namen des Parlamentspräsidiums eine Erklärung abgegeben.

In der Erklärung wird erwähnt, dass bei der Parlamentsdebatte auch Ministerpräsident des Bundeslandes, sein Stellvertreter sowie einige Minister anwesend waren.

Das Parlament gibt zu den Drohungen der Türkei und deren Einmischungsversuche in die inneren Angelegenheiten Iraks einstimmig folgende Erklärung ab:

1- Die Einmischung der Türkei in die inneren Angelegenheiten Iraks und des Bundeslandes Kurdistan lehnen wir ab. Die Einmischungsversuche dienen nicht den freundschaftlichen Beziehungen

2- Die Erfüllung des §140 der irakischen Verfassung sehen wir als unabdingbar. Eine Verschiebung des Referendums, das über die Zukunft von Kirkuk entscheiden soll, lehnen wir ab. Sämtliche Grenz- und Sicherheitsfragen zwischen der Türkei und dem Irak sollen im Rahmen der internationalen Konventionen und gegenseitiger Achtung der Souveränität im Dialog gelöst werden.

3- Das irakische Parlament und die Regierung muss angesichts der Einmischungsdrohungen der Türkei ihrer Verantwortung gerecht werden und Farbe bekennen.

Sie müssen die Einmischungsversuche, gleichgültig von welchem Staat diese ausgehen, mit aller Entschiedenheit zurückweisen. Alle Parteien im Parla-

ment und in der Regierung Iraks haben darauf zu achten, dass ihre Mitglieder nicht an irgendwelchen Konferenzen und Veranstaltungen im Ausland teilnehmen, deren Inhalte und Zielsetzungen sie nicht kennen.

Denn die Teilnahme an solchen Konferenzen und Veranstaltungen konterkarieren den politischen Prozess im Irak sowie beeinflussen die Beziehungen und Zusammenarbeit zwischen den Parteien.

4- Wir erwarten von den USA, Groß Britannien, Europäischen Union und Vereinten Nationen, dass sie auf die Türkei Druck ausüben, damit sie anstelle sich in die innere Angelegenheiten Iraks einzumischen und Drohungen auszustoßen, das irakische Volk bei seinen Bemühungen unterstützt.

5- Wir sind entschlossen die Beziehungen zwischen dem Bundesland Kurdistan und der Türkei auf der Grundlage der gegenseitigen Achtung und gemeinsamen Interessen, sowie gutnachbarlichen Beziehungen, weiterzuführen.

6- Mit dieser Erklärung laden wir die Kabinettsmitglieder der türkischen Regierung, die Parlamentarier sowie andere Interessenvertreterinnen und -vertreter nach Kurdistan ein, damit wir miteinander über die Fragen diskutieren und dabei sie die Chance wahrnehmen, die Realität kennen zu lernen.

(Quelle: Dema Nu, 27.01.07)

### **Der Irak plant eine Konferenz**

Zu der Konferenz sollten die Außenminister der Länder zu Beratungen eingeladen werden, sagte der irakische Außenminister Hoschijar Sebari bei einem Treffen mit seinem italienischen Amtskollegen Massimo D'Alema. "Es wird ein Wendepunkt in der Sicht werden, die unsere Nachbarn auf den Irak haben", kündigte Sebari an. Weitere Details gab er nicht bekannt, sagte lediglich, er hoffe, dass alle der Einladung folgten.

Die anhaltende Gewalt in dem Golfstaat hatte Sorgen geschürt, Nachbarstaaten könnten auf verschiedene Seiten eines irakischen Bürgerkriegs gezogen werden. So könnte sich der Iran hinter die Schiiten stellen, die arabischen Staaten hingegen die irakischen Sunniten unterstützen. Befürchtungen dieser Art hatten den Druck auf die Nachbarstaaten erhöht, eine politische Lösung im Irak zu unterstützen.

Der irakische Minister für Hochschulbildung, Abdul Dhijab al-Adschili, entging bei einem Attentat unterdessen nur knapp dem Tod. Ein Sprecher des Ministeriums sagte, einer seiner Leibwächter sei im Kugelhagel der Extremisten umgekommen, die das Feuer auf den Konvoi des Ministers eröffnet hätten. Ein weiterer Leibwächter wurde schwer verletzt. Al-Adschili gehört der sunnitischen Partei Irakische Konsensfront an.

Der irakische Fernsehsender Al-Scharkija berichtete, im Stadtteil Adhamija hätten Unbekannte einen Professor für Wirtschaft von der Mustansirija-Universität ermordet, der auch als Berater für den Sender gearbeitet habe.

(Finacial Times Deutschland, 24.01.07)

### **Nach Mord an irakischen Gefangenen 18 Jahre Haft für US-Soldaten**

Wegen der Ermordung eines irakischen Gefangenen ist ein US-Soldat am Donnerstag zu 18 Jahren Haft verurteilt worden. Dem 21-Jährigen wurde ferner die Beteiligung an der Tötung zweier weiterer Gefangener zur Last gelegt.

Der Soldat hatte sich in allen drei Fällen vor dem Militärgericht in Fort Campbell im Staat Kentucky schuldig bekannt. Er ist einer von insgesamt vier US-Soldaten, die sich wegen der Schüsse bei einer Razzia gegen mutmaßliche Aufständische verantworten müssen.

Nach der Militäraktion im Mai vergangenen Jahres nahe der Stadt Samarra hatten die Soldaten angegeben, sie hätten geschossen, weil die Gefangenen fliehen wollten. Inzwischen haben sie eingeräumt, dass diese Angaben falsch waren.

Einer der vier wurde vor zwei Wochen ebenfalls zu 18 Jahren Haft verurteilt. (Quelle: SZ, 25.01.07)

### **Saddams Cousin räumt Genozid ein Der wegen Völkermordes angeklagte Cousin des ehemaligen irakischen Machthabers Saddam Hussein hat die Verantwortung für das Massaker an Kurden übernommen.**

Ali Hassan el Madschid, der auch „Chemie-Ali“ genannt wird, sagte am Sonntag vor Gericht, er habe den Auftrag gegeben, im Rahmen der Operation „Anfal“ die Dörfer zu räumen und die Menschen zu vertreiben.

### **„Ich habe keinen Fehler gemacht“**

Der Angeklagte stellte zugleich klar:

„Ich entschuldige mich nicht. Ich habe keinen Fehler gemacht.“

Bei der Operation habe es sich um ein legitimes Vorgehen des Militärs gehandelt.

Schließlich hätten die Kurden zum Ende des iranisch-irakischen Krieges auf Seiten des Iran gekämpft, sagte Madschid. Auf die Frage eines Richters, warum einige Angriffe auf die Kurden nach einem Waffenstillstand mit dem Iran verübt worden waren, gab der Angeklagte jedoch keine eindeutige Antwort.

Madschid steht zusammen mit fünf ehemaligen führenden Vertretern der Baath-Partei vor Gericht. Er gilt als der Drahtzieher des Massakers, bei dem 1988 rund 180 000 Menschen getötet wurden, viele davon durch Giftgas.

Bei einer Verurteilung droht Madschid als Hauptangeklagtem die Todesstrafe. Auch der vor wenigen Wochen hingerichtete irakische Ex-Machthaber Saddam war wegen des Kurden-Massakers angeklagt worden. (Focus Online, 28.01.07)

### **US-Regierung für das Referendum**

Das Außenministerium in Washington hat in einer Erklärung klargestellt, dass die BUSH-Administration den Plan zur Erfüllung des §140 der irakischen Verfassung und somit die Durchführung des Referendums über Kirkuk unterstützt.

(Quelle: Diyarbakir.net, 28.01.07)

### **Kurden erbost über US-Razzia**

**Barzani: Stürmung des iranischen Konsulats in Erbil war "falsche Entscheidung" - Bezug zu Wiener Kurden- Morden dementiert**

Arbil - Die jüngste US-Razzia in einem iranischen Regierungsbüro in der nordirakischen Stadt Erbil hat bei der kurdischen Regionalregierung für Verstimmung gesorgt.

"Wir erlauben niemandem, auch nicht unseren Freunden, den Amerikanern, hier Spionage zu betreiben", erklärte der Präsident der Autonomen Region Kurdistan, Massud Barzani, am Montag vor österreichischen und internationalen Journalisten in Erbil. Kurdistan sei nicht das Land für irgendwelche Interessen anderer Staaten.

In Erbil habe weder der Iran noch die Türkei Einfluss.

Insofern sei man "überrascht gewesen von der Aktion der Amerikaner. Es war "eine falsche Entscheidung, eine falsche Vorgehensweise und nicht das richtige Ziel", sagte Barzani, der auch Chef der Kurden-Partei KDP (Kurdische Demokratische Partei) ist.

Aus Kreisen des kurdischen Innenministeriums verlautete, man sei über die US-Aktion nicht informiert worden. Die Amerikaner seien mit Helikoptern gekommen und hätten das iranische Konsulat gestürmt. Zu den Gerüchten, unter den fünf festgenommenen Iranern habe sich auch Mohammad Jafari-Sahroudi, ein Hauptverantwortlicher für den Mord an drei iranisch-kurdischen Oppositionellen 1989 in Wien, befunden, hieß es, man kenne die fünf Iraner seit Jahren.

Es gebe keine Informationen, dass sich der mutmaßliche Drahtzieher der Kurden-Morde darunter befunden habe. Generell werde sehr genau überprüft, wer sich in der kurdischen Region aufhalte.

#### **Freilassung demnächst erwartet**

Der Regierungschef des autonomen Gebietes und Neffe des kurdischen Präsidenten, Nechirvan Idris Barzani, zeigte sich vor österreichischen und internationalen Journalisten überzeugt, dass die festgenommenen Iraner nächste Woche freigelassen würden. Es lägen keine Beweise gegen sie vor.

Diplomatischer äußerte sich Präsident Barzani zum Einsatz kurdischer Peshmerga (Kämpfer) in der Region um Bagdad.

Er stellte klar, dass die Truppenteile zur irakischen Armee gehören. Die Letztentscheidung über deren Einsatz außerhalb Kurdistans liege damit bei der Zentralregierung in Bagdad. Insgesamt sollen drei Bataillone kurdischer Peshmerga aus Dohuk, Arbil und Suleimaniya nach Bagdad verlegt werden und dort als Puffer zwischen den rivalisierenden Schiiten und Sunniten agieren.

Die erste kurdische Einheit aus Suleimaniya soll bereits am gestrigen Montag aufgebrochen sein.

#### **Berichte über desertierende Peshmerga-Kämpfer**

Viele der kurdischen Peshmerga, von denen rund die Hälfte nicht einmal arabisch sprechen, sollen Berichten zufolge bereits desertiert sein. Vielfach wird befürchtet, dass die Kurden damit stärker in die Konflikte zwischen den verfeindeten Schiiten und Sunniten hineingezogen werden.

Der irakische Staatspräsident Jalal Talabani ist ebenfalls Kurde und als Chef der Patriotischen Union Kurdistans (PUK) interner Gegenspieler Barzanis unter den irakischen Kurden.

Die Spannungen weiter aufheizen könnte auch das für Ende 2007 geplante Referendum über die Zukunft der Ölregion um Kirkuk.

Die Einwohner sollen dann über die Eingliederung von Kirkuk in die kurdische Autonomieregion abstimmen. In dem Gebiet leben Kurden, Araber und Turkmenen und sie alle erheben mittlerweile Anspruch auf das Gebiet.

#### **Barzani will Referendum**

Massud Barzani lässt indessen keine Zweifel an der Zugehörigkeit der Region: "Kirkuk ist kurdisches Land und eine irakische Stadt mit kurdischer Identität." Der Artikel 140 der irakischen Verfassung sei die irakische "Roadmap" für die Lösung" des Konflikts. Das Referendum nicht abzuhalten wäre "eine Katastrophe". Barzani betonte gleichzeitig, dass Kurdistan sich als Teil eines föderalen, demokratischen und pluralistischen Irak verstehe.

Im Nachbarland Türkei tragen solche Versicherungen dennoch nicht zur Beruhigung bei. Ein unabhängiges Kurdistan mit ausreichend Öl hätte enorme Konsequenzen für die Nachbarstaaten Türkei, Syrien und Iran mit ihren eigenen kurdischen Minderheiten.

Die Aussage des türkischen Premiers Recep Tayyip Erdogan, die Türkei werde ein kurdisches Kirkuk nicht akzeptieren, nennt Präsident Barzani schlichtweg "Teil einer Wahlkampagne" im Vorfeld der türkischen Parlamentswahlen:

"Was immer Erdogan sagt, hat keine Basis in der Realität." Erdogan vergesse, dass Kurdistan nicht mehr Teil des Osmanischen Reiches sei.

*(Quelle: APA, 29.01.07)*

#### **In den letzten 9 Monaten haben sich 239 Frauen verbrannt**

Das Ministerium für Menschenrechte des Bundeslandes Kurdistan/Irak hat in einem Bericht zu Menschenrechtsverletzungen veröffentlicht.

Der Bericht umfasst den Zeitraum vom 2003 bis 2006.

Darin wird u.a. auf die schlechten Lebensbedingungen der Frauen hingewiesen und betont, dass in den letzten 9 Monaten 239 Frauen sich wegen familiären Drucks verbrannt haben.

Das Ministerium berichtet auch über die dramatische Zunahme der Selbstmordversuche von Frauen, obwohl die Gesetze des Bundeslandes den Schutz der Frauen und deren Rechte gemäß internationalen Konventionen garantieren, blieben diese bis heute wirkungslos. *(Quelle: PUKmedia, 29.01.07)*

#### **Demonstration der Frauen vor dem Parlament Kurdistans**

Die familienangehörige der in den Haftanstalten Suleymaniye und Akre Inhaftierten haben für die Freilassung ihrer Angehörigen in der Hauptstadt Arbil demonstriert.

Ca. 100 Frauen haben vor dem Parlament versammelt und die Freilassung ihrer Angehörigen gefordert. Eine Abordnung der Demonstrantinnen wurde vom Parlament empfangen. Bei dem Gespräch wurde vereinbart, dass eine Kommission bestehend von Abgeordneten, Vertretung des Menschenrechtsministeriums sowie des Innenministeriums sich um die Belange der Frauen kümmern wird. (Quelle: PUKmedia, 29.01.07)

### **Tote bei Bombenanschlag auf kurdische Schiiten im Irak**

**Suleimanija/Kirkuk** - Bei einem Bombenanschlag in der Nähe einer religiösen Stätte in Chanekin, 170 Kilometer nordöstlich von Bagdad, sind am Dienstag elf schiitische Kurden getötet worden. Nach Polizeiangaben gab es außerdem 39 Verletzte, als der in einem Mülleimer versteckte Sprengsatz explodierte.

Unter den Toten war eine Frau und ein Kind. Der Anschlag galt schiitischen Kurden in der Stadt an der Grenze zum Iran, die am letzten Tag des Aschura-Fests des Todes von Imam Hussein, dem Enkel des islamischen Propheten Mohammed, gedenken wollten. In der nordirakischen Erdölstadt Kirkuk wurden durch Bomben, die vor neun überwiegend von Kurden bewohnten Häusern hochgingen, elf Menschen verletzt. Unter den Opfern waren laut Krankenhausangaben fünf Kinder.

An den Aschura-Feierlichkeiten in der Stadt Kerbela beteiligten sich bis zum Montag nach Angaben des Gouverneurs der gleichnamigen Provinz etwa 1,5 Millionen Pilger. In Kerbela befindet sich das Mausoleum von Imam Hussein. Hussein und seine Anhänger wurden im Jahr 680 in der Schlacht bei Kerbela im Irak von den Truppen des sunnitischen Kalifen Jasid getötet. In der aufgeheizten Stimmung im Irak ist das Aschura-Fest ein besonders kritischer Zeitpunkt. Um die heiligen Stätten wurden starke Sicherheitskräfte zusammengezogen.

(Quelle: net-tribune, 30.01.07)

### **Täglich mehr Binnenflüchtlinge im Irak**

Wegen der religiösen Unruhen und der zunehmenden Kriminalität steigt die Zahl der Binnenflüchtlinge im Irak jeden Tag um durchschnittlich etwa tausend Menschen.

Seit dem Anschlag auf das schiitische Mausoleum von Samarra im Februar 2006 hätten ca. 360'000 Menschen ihre Wohnstätten verlassen und seien in andere irakische Regionen gezogen, heisst es in einer Studie der Internationalen Organisation für Migration IOM.

Die Organisation hatte im vergangenen Jahr Beobachter in die 15 irakischen Provinzen geschickt, um die geflüchteten Familien vor Ort zu befragen.

(Quelle: New.search.ch, 31.01.07)

### **81 getötete Journalisten im Jahr 2006**

Die „Reporter ohne Grenzen“ („ROG“) schlagen Alarm: Allein in diesem Januar wurden nach Angaben der Organisation weltweit bereits zehn Medienvertreter getötet. 2006 seien insgesamt 81 Journalisten bei ihrer Arbeit ums Leben gekommen.

Inhaftiert wurden 871 – so viele wie seit 1994 nicht mehr, heißt es in dem gestern veröffentlichten ROG-Jahresbericht.

ROG wirft den demokratischen Staaten darin Versagen im Kampf für die Pressefreiheit vor. Die Organisation verlangt, dass bei der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Russland oder China der Schutz der freien Meinungsäußerung eingefordert wird.

Auch in den Ländern der EU und in den USA gebe es immer wieder Einschränkungen. Am schlimmsten ist die Lage weiterhin im Irak: Allein im Januar 2007 wurden drei Medienmitarbeiter im Irak getötet (2006: 64), jeweils einer in China und Haiti. Prominentester Fall war der Mord an dem armenischen Journalisten Hrant Dink am 19. Januar durch einen türkischen Nationalisten in Istanbul.

In Syrien, Ägypten, Saudi-Arabien, Tunesien oder Libyen seien restriktive Pressegesetze und Zensur an der Tagesordnung. Auch in Osteuropa und Zentralasien hat sich die Lage verschärft. In Russland hätten kremlnahe Unternehmen weitere Medien aufgekauft, in Weißrussland habe Präsident Lukaschenko alle unabhängigen Zeitungen zum Schweigen gebracht. Übergriffe gab es in Lateinamerika, vor allem in Mexiko, wo 2006 neun Journalisten ermordet wurden, ohne dass ein Täter gefasst wurde. In Kuba seien mehr als 20 Journalisten in Haft. In Asien wurden 16 Medienleute getötet. In China, Nordkorea oder Myanmar herrsche systematische Zensur.

Afrikanische Regierungen, vor allem jene am Horn von Afrika gehen laut ROG hart gegen kritische Medien vor. 37 Journalisten sind in Eritrea und Äthiopien hinter Gitter. Auch das Internet wird streng beäugt. In China, Vietnam, Syrien, Tunesien, Libyen und Iran seien mindestens 60 Internet-Dissidenten in Haft. (Quelle: DpaTagesspiegel, 02.02.07)

### **Iran:**

#### **Hoffnung für im Iran verurteilte Todeskandidatin Nazanin Fatehi**

Vor einem Jahr berichteten wir über die damals 17-jährige Nazanin Fatehi, die im Iran zum Tode verurteilt wurde, weil sie in Notwehr einen Mann tötete, der versucht hatte, sie zu vergewaltigen. Nun erfahren wir von Anna Reimann im Spiegel, dass Hoffnung bestünde, das Todesurteil könne aufgehoben werden. Die Art, in der sie das tut, vermittelt den Eindruck, der Iran sei auf dem Weg zum Rechtsstaat.

Ein Jahr lang sitzt Nazanin Fatehi nun schon in der Todeszelle. Drei Männer hatten 2005 die damals 17-Jährige und ihre 16-jährige Nichte in einem Park in einem Teheraner Vorort verfolgt - und versucht, sie zu vergewaltigen. Nazanin wehrte sich. Und verletzte einen der Männer tödlich. Im Frühjahr 2005 wurde sie festgenommen - und Anfang 2006 von einem Gericht in Teheran zum Tode verurteilt.

"Ein Exempel, damit keine Frau es mehr wagt, ihre Hand gegen einen Mann zu erheben", verkündeten

die iranischen Richter laut einem Bericht der iranischen Zeitung "Etemad".

Nazanins Fall ging um die Welt. Menschenrechtsorganisationen machten auf die geplante Hinrichtung aufmerksam. Mina Ahadi, Vorsitzende des Internationalen Komitees gegen die Todesstrafe, hat zusammen mit Nazanin Afshin-Jam die Kampagne "helpnazanin" gestartet. Afshin-Jam ist Sängerin, ehemalige Miss Kanada und Namensvetterin der zum Tode Verurteilten.

Die zwei Frauen, die beide selbst aus Iran stammen, haben mehr als 200.000 Unterschriften gegen die Hinrichtung des iranischen Mädchens gesammelt, Petitionen beim Uno-Menschenrechtsrat eingereicht, die EU informiert, Demonstrationen gegen die Todesstrafe in Iran organisiert.

Das ist jetzt interessant, denn als *PI* den Fall im Januar letzten Jahres aufgriff, waren - zumindest in Deutschland - nur schwer Informationen zu bekommen, von einer "weltweiten" Kampagne oder gar Demonstrationen im Iran gar nichts zu bemerken.

Und im Gegensatz zu dem in den USA zum Tode verurteilten "Kinderbuchautor" und Mehrfachmörder Tookie Williams, dessen Name und Schicksal in aller Munde war, blieb Nazanins Elend der Öffentlichkeit weitgehend verborgen. Wir aber bekommen jetzt den Eindruck, im Iran könne man einfach so demonstrieren und etwas bewirken, denn Heute hat das Teheraner Gericht den Fall der jungen Frau erneut verhandelt. Vertreter ausländischer Medien seien dabei gewesen, sagt die Menschenrechtlerin Mina Ahadi direkt nach Ende des Gerichtstermins zu SPIEGEL ONLINE. "Und die Richter haben entschieden, dass das Mädchen nicht absichtlich getötet hat, sondern dass es Notwehr war.

Außerdem bekräftigten die Richter, dass das vorherige Urteil nicht angemessen war, weil vier angebliche Zeugen falsch ausgesagt haben."

Hoffnung für Nazanin keimt auf. "Zwar wurde heute nicht formuliert, dass die Todesstrafe aufgehoben ist - und wir haben noch nichts schriftlich. Aber die Verhandlung ist sehr positiv verlaufen", sagt Ahadi, die in Kontakt mit Nazanins Anwälten steht. Es könne sein, dass die junge Frau nun ein bis zwei Jahre im Gefängnis bleiben müsse. Möglich sei aber auch, dass sie in Kürze freikommt.

Ohne jede Missbilligung wird erwähnt, dass die junge Frau vielleicht noch ein oder zwei Jahre im Gefängnis sitzen muss - was ist das schon? Da fragt man sich unwillkürlich, warum um den zotteligen Murat Kurnaz so ein Theater gemacht wird. Was sind schon ein paar Jahre Knast? - Obwohl, Guatamo ist natürlich ungleich schlimmer als ein Gefängnis im Iran.

Und im Iran gibt es sogar noch Hoffnung, wenn das Todesurteil nicht aufgehoben wird:

Aber selbst wenn das Todesurteil nicht offiziell aufgehoben wird, bestehe die Möglichkeit, dass Nazanin am Leben bleibt, sagt Jüttner. "In einem ähnlichen Fall, in dem eine Frau ihren Vergewaltiger aus Notwehr getötet hat, wurde in einem neu aufgerollten Verfahren die Todesstrafe nicht aufge-

hoben. Stattdessen haben die Justizbehörden Einfluss auf die Familie des Opfers genommen und sie dazu gebracht, Blutgeld anstelle der Hinrichtung zu akzeptieren." Damit habe das Gericht sein Gesicht wahren können und das Urteil nicht öffentlich aufheben müssen. Auch damals habe internationaler Druck bewirkt, dass die Todesstrafe nicht vollzogen wurde.

Immerhin erwähnt Reimann, dass im Iran noch mehr Kinder und Jugendliche in Todeszellen sitzen, und "viele" Frauen sich dort in rechtlosen Positionen befinden, wir dachten allerdings, es wären alle! Aber im Gegensatz zu den vielen namenlosen Opfern hat Nazanin international Unterstützung gefunden, wenn auch diese von der Öffentlichkeit weitgehend nicht wahrgenommen werden konnte, weil es im Gegensatz zu den amerikanischen "Opfern staatlich sanktionierter Gewalt" keinen Aufschrei der Medien und der gutmenschlich engagierten Politiker gab.

Immerhin zeigt der Fall aber, dass Unterstützung vielleicht doch etwas bewirken kann, selbst in der Hölle Iran, und dass es daher sinnvoll ist, möglichst vielen Todeskandidaten in islamischen und anderen Diktaturen ein Gesicht und einen Namen zu geben. Nicht wahr, Frau Roth? Sie wären nämlich ungleich glaubwürdiger, würden Sie sich gegen die "finalste aller Menschenrechtsverletzungen" nicht nur im Fall von Massenmorden wie Hussein oder Gewaltverbrechern in den USA von Herzen engagieren.

Wer möchte, kann eine Online-Petition [hier](#) unterschreiben.

*PI*-Leser *FreeSpeech* macht darauf aufmerksam, dass es vor allem ein Verdienst der Blogger war, wenn der Fall Nazanin ein gutes Ende nimmt. Er schreibt:

Blogs bewirken nichts, Zeitungen bewirken nichts, der Westen bewirkt nichts. Oder doch? Denn der *Blick* (CH) berichtet von einem Fall, der durch die Blogs gezogen wurde und nun ein halbwegs gutes Ende fand: Den Fall von Nazanin Fatehi in Teheran. (...) Sie wurde sie zum Tod verurteilt wurde, ist ja klar. Wo kommen die Mullahs denn hin, wenn eine Frau sich wehrt? Das ist geradezu Widerstand gegen die Staatsgewalt, Landfriedensbruch, Beleidigung des Propheten. Aber die Blogger waren aktiv. (Man google bloss nach dem Vornamen, Nazanin) - mit Wirkung, Ende gut, soweit, auch wenn die Möglichkeit besteht, dass sie der Familie des Getöteten ein «Blutgeld» zahlen muss. Damit sie das nächste Mal weiss, was eine Vergewaltigung kostet und sich besser überlegt, ob sie sich wehren will.

Wo kommen die Mullahs sonst hin?

Aber eines zeigt der Fall dem Westen: Die Mullahs wissen genau, was sie tun. Die Scharia gilt nur voll und ganz, solange der Westen schweigt. Bei Protest ducken sich Mullahs genauso wie das die Nazis taten, bei lautem Protest, und wie das die Sowjetkommunisten taten, bei lautem Protest. Es lohnt sich also, den Mullahs und Konsorten auf die Finger zu klopfen und konkret auf echte Menschenrechte zu pochen. (*Quelle: Politically Incorrect, 12.01.07*)

## **Syrien:**

### **Gefängnis wegen einer Unterschrift In Damaskus stehen vier Menschenrechtler vor Gericht. Das Verfahren wird zum sicheren Treffpunkt für Mitglieder der syrischen Opposition**

Damaskus - Der Justizpalast in Damaskus ist ein imposantes Gebäude. Über dem hohen Eingangsportaal - dort, wo man Justitia als Symbol für Gerechtigkeit suchen würde - hängt ein Porträt des früheren Präsidenten Hafis al-Assad. Im Innern eilen Anwälte in dunklen Anzügen an orientierungslosen Angehörigen in bodenlangen Galabias und dunkelgrün uniformierten Sicherheitsbeamten vorbei. Im ersten Stock ist der Andrang besonders groß.

Hier tagt das Oberste Strafgericht, vor dem sich dieser Tage vier bekannte Regimekritiker verantworten müssen: Michel Kilo, Autor und führender Vertreter der Zivilgesellschaft, der Menschenrechtsanwalt Anwar al-Bunni sowie die Oppositionellen Kamal Labwani und Mahmud Isa. Die Anklagepunkte reichen von der Verbreitung falscher Informationen bis zur Gefährdung der inneren Sicherheit - es drohen Haftstrafen zwischen drei Jahren und lebenslänglich. (Quelle: TAZ, 25.01.07)

### **Iran kauft sich Glaubensbrüder in Syrien**

Mit ungewöhnlichen Methoden versucht Iran, seine Machtsphäre auszuweiten. Die Mullahs bieten Syrern bis zu 1000 Dollar für eine Konversion zum Schiitentum.

Misyaf - Der Minibus kommt im Gewühl der Hauptstraße von Sayida Zeinab kaum voran. Der staubverhangene, ärmliche Ort rund zehn Kilometer von Damaskus zieht langsam am Fenster vorbei. Plötzlich schiebt sich ein gigantischer Prunkbau mit goldener Kuppel ins Blickfeld, farbenprächtige Minarette strecken sich in den Himmel.

Iran ließ die Moschee vor knapp 20 Jahren am Grab der schiitischen Heiligen Sayida Zeinab errichten. Hotels, Kulturzentren und Religionsschulen folgten. Heute könnte das Viertel seinem Anschein nach ein Vorort Teherans sein. Viele Frauen tragen Tschador, also einen dunklen Mantel, der Kopf und Körper verhüllt und nur das Gesicht frei lässt." Passanten sprechen Farsi, also Persisch. "Jeden Tag kommen hundert Pilger aus Iran, aber wir streben an, dass es bald tausend sind", sagt Hassan Scharaf, der im Büro der Moschee arbeitet.

Mit Geld aus Teheran sind in den vergangenen Jahren in vielen syrischen Städten schiitische Moscheen entstanden. "Iran hat sich damit in Syrien eine Präsenz erschaffen", sagt Peter Harling, Analyst der International Crisis Group in Damaskus. Unter dem Vorwand Pilgerstätten zu bauen, verfolgt Teheran ein politisches Ziel: Die Mullahs versuchen, ihre Machtsphäre zu erweitern.

Weiter entfernt vom Zentrum Damaskus zeigt sich Irans Strategie noch deutlicher. Im 30.000-Einwohner-Ort Misyaf, drei Stunden Autofahrt nördlich von Damaskus gelegen, ziehen sich ent-

lang der Hauptstraße ein paar Geschäfte, ringsum breitet sich das graubraune Einerlei ärmlicher Wohnhäuser aus. "Früher gab es hier hauptsächlich Ismaeliten, Sunniten und ein paar Alawiten" - zu denen auch Präsident Baschar al-Assad gehört - "Schiiten kamen fast nicht vor", erzählt ein ortsansässiger junger Architekt.

### **Früher 20 orthodoxe Schiiten, heute 2000**

"Dann kamen vor sieben Jahren Leute aus Iran und haben das Geld für eine Moschee bereitgestellt." Das Dorf sei bis dahin weitgehend säkular gewesen, sagt der Architekt, die Leute hätten sich für Religion kaum interessiert. Nun bietet die schiitische Moschee Kurse und Vorlesungen, bezuschusst Schulen wie Krankenhäuser und verteilt Spenden an Arme. Früher, schätzt der 27-Jährige, habe es in Misyaf etwa 20 orthodoxe Schiiten gegeben. "Doch mittlerweile sind es sicher 2000."

Die Moschee "Arrassoul al A'tham" ist ein nüchterner Zweckbau, der in der Tristesse des Dorfes nicht weiter auffällt. Ammar al-Heibah, der Scheich der Moschee, ist Konvertit und der einzige studierte Theologe im Ort. Vor 15 Jahren trat der damalige Ismaelit zur Schia über - aus Überzeugung, sagt er. Al-Heibah bestreitet, dass seine Gemeinde wächst, Zahlen will er jedoch nicht nennen. Eine 40-jährige Konvertitin, die direkt gegenüber der Moschee in einem kleinen, bröckeligen Haus lebt, bestätigt hingegen die Angaben des Architekten: "Vor zehn Jahren hatten wir hier 20 Schiiten, vor einem Jahr 200, und heute 1500, möglicherweise mehr. Und morgen werden wir noch mehr sein. Die Menschen kommen aus allen Konfessionen."

Syriens Bevölkerung ist zu über 70 Prozent sunnitisch. Orthodoxe Schiiten spielen mit einem Anteil von einem Prozent kaum eine Rolle. Über die Menge der Konversionen gibt es keine Zahlen, da Übertritte innerhalb des Islam in Syrien nicht registriert werden. Doch mittlerweile riskiert das konfessionell stark gemischte Land durch seine enge Anbindung an Iran und dessen wachsenden Einfluss seine eigene Stabilität.

### **Syrien denkt praktisch, Iran ideologisch**

Dass Iran diesen Einfluss verstärken will, ist deutlich: Immer öfter ist von erkauften Konversionen die Rede. "Ich habe selbst gesehen, wie Geistliche aus Iran armen Sunniten Geld geboten haben, damit sie konvertieren", sagt ein Experte aus arabischen Diplomatentreisen. "Einfache Bauern bekommen 200 Dollar, einflussreichere Männer bis zu 1000." In der Bevölkerung macht sich bereits Angst breit.

"Die Leute reden überall davon, sie mögen nicht, dass Iran so viel Einfluss hat", sagt eine Journalistin aus Damaskus. In den Moscheen warnen Scheichs bereits vor Schiiten, die versuchen, Leute zu konvertieren.

Inzwischen regt sich in Syrien Widerstand gegen die iranische Expansionspolitik. Sogar innerhalb der herrschaftsnahen Elite in regierungsnahen Kreisen beäugt man argwöhnisch, dass pro Woche zwei bis drei iranische Delegationen in die syrische Hauptstadt reisen, und dass beide Länder weitrei-

chende militärische und wirtschaftliche Abkommen geschlossen haben.

Geheimdienstberater Taleb Ibrahim sagt: "Es gibt Leute, die sind der Meinung, dass die enge Bindung an Iran Gefahren birgt, und ich bin einer davon." Iran verfolge das Ziel, seinen Einfluss im Nahen Osten zu stärken, und Syrien sei seine einzige Brücke in den arabischen Raum. "Doch sehen Sie sich an, welchen Schaden Iran im Irak anrichtet", sagt Ibrahim. "Und natürlich will Iran seine Macht auch hier ausbauen. Das werden wir aber nicht zulassen." Da Syrien den praktischen Vorteil sucht, Iran aber ideologisch geleitet sei, widersprüchen sich die Interessen letztendlich: "Und genau deshalb werden wir uns eines Tages im Konflikt wiederfinden." (Quelle: spiegel online, 05.02.07)

## Libanon:

### **Siniora: Syrien und Iran hinter Unruhen Premier zu Wiederaufbau-Konferenz nach Frankreich geflogen**

Beirut/Tokio - Der libanesischer Regierungschef Fouad Siniora sieht Syrien und den Iran hinter den jüngsten Unruhen in seinem Land. Der Libanon habe den Preis gezahlt für "von anderen Ländern wie dem Iran und Syrien aufgezwungene Entscheidungen", sagte Siniora am Mittwoch der japanischen Nachrichtenagentur Kyodo News. In dem Interview kritisierte der pro-westliche sunnitische Ministerpräsident den von der schiitisch-christlichen Opposition am Dienstag organisierten Generalstreik als "undemokratischen Weg, seine Meinung auszudrücken". Falls die Organisatoren tatsächlich wie behauptet die Mehrheit der Bevölkerung hinter sich hätten, dann sollten sie nicht auf solche Aktionen zurückgreifen.

Der Ministerpräsident flog am Mittwoch nach Paris, wo am Donnerstag Vertreter von etwa vierzig Staaten, darunter Österreichs Außenministerin Ursula Plassnik, zu einer Wiederaufbau-Konferenz für den hochverschuldeten Libanon zusammenkommen. An der Konferenz nehmen auch UNO-Generalsekretär Ban Ki Moon und Bevollmächtigte von Weltwährungsfonds und Weltbank teil.

Die libanesischer Regierung hofft auf Zusagen von mehr als vier Milliarden Dollar. Beirut hatte die Schäden, die dem Land durch den Krieg mit Israel im Juli und August entstanden sind, auf annähernd drei Milliarden Euro beziffert. 15.000 Häuser, 80 Brücken und fast einhundert Straßen wurden bei der israelischen Offensive beschädigt oder zerstört. Die libanesischer Opposition, angeführt von der schiitischen Hisbollah und der christlichen "Freien Patriotischen Bewegung" von General Michel Aoun, hat den Generalstreik für beendet erklärt. Die Oppositionszeitung "Al-Akbar" drohte jedoch am Mittwoch:

"Der Streik war die letzte Warnung an die Regierung." Hisbollah-Chef Hassan Nasrallah hatte die USA beschuldigt, "wie im Irak" Zwietracht zwischen Schiiten und Sunniten im Libanon zu säen, um das Land "im Interesse der Israelis zu zerstören". Bei den Zusammenstößen am Dienstag waren

nach Polizeiangaben drei Menschen getötet und 133 weitere verletzt worden. Die Protestierenden hatten sich geprügelt, mit Steinen geworfen sowie Schlagstöcke und vereinzelt auch Schusswaffen eingesetzt. Geschäfte, Banken, Schulen und der internationale Flughafen von Beirut waren am Mittwoch wieder geöffnet. (Quelle: Der Standard.at, 24.01.07)

## Deutschland:

### **Geheimes Asyl Die K...**

Die Kirchengemeinden geben derzeit 74 Flüchtlingen in Deutschland Kirchenasyl. Dabei handle es sich um 28 Familien - vor allem Kurden aus der Türkei - deren Asylanträge bislang nicht anerkannt wurden. Das teilte Verena Mittermaier, Geschäftsführerin der Ökumenischen Bundesarbeitsgemeinschaft Asyl in der Kirche, in Berlin mit. Mindestens 20 Menschen werde zudem geheim Kirchenasyl gewährt. "Nach unserer langjährigen Erfahrung gehen rund 80 Prozent der Fälle von Kirchenasyl für die Betroffenen erfolgreich aus", betonte Mittermaier.

"Kurz vor Infarkt"

Der europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat im vergangenen Jahr 1560 Urteile gefällt, über 40 Prozent mehr als im Vorjahr. Die mit Abstand meisten Entscheidungen betrafen mit 334 die Türkei, gefolgt von Slowenien (190 Urteile), der Ukraine (120) und Polen (115), zog Gerichtshofpräsident Jean-Paul Costa in Straßburg Bilanz. Angesichts des starken Anstiegs von Grundrechtsbeschwerden aus den 46 Europaratsländern warnte er vor einem "Herzinfarkt" der Institution, die wegen ihres Erfolgs in eine "Krise des Größenwahns" gleiten könnte. Bis Jahresende waren 90000 Fälle anhängig.

Konkrete Gefahr

Bei einer konkreten Terrorgefahr können Behörden den Bau eines Gebäudes untersagen. Das hat das Leipziger Bundesverwaltungsgericht entschieden. Sind aus Sicht von Polizei- und Sicherheitsbehörden konkret Anschläge zu befürchten und ist das Risiko am gewählten Standort nicht beherrschbar, könne ein Verbot ausgesprochen werden.

Laut Gericht handelt es sich um die erste höchstgerichtliche Entscheidung seit den Terroranschlägen vom 11. September 2001 in USA. Im behandelten Fall des neuen türkischen Konsulats in Karlsruhe sahen die Richter jedoch keine konkrete Terrorgefahr und wiesen die Klage eines Anwohners ab.

(Quelle: dpa, 26.01.07)

## Schweiz:

### **Bundesgericht ordnet Haftentlassung für «Erdogan» an**

**Lausanne.** Die Schweiz liefert den Kurden «Erdogan» nicht an die Türkei aus. Das Bundesgericht hob einen Entscheid des Bundesamtes für Justiz auf und ordnete die sofortige Haftentlassung an. Es fehle an ausreichend verlässlichen Verdachtsgrün-

den, dass der Kurde sich eines Tötungsdelikts schuldig gemacht habe.  
Der Kurde war vor einem Jahr auf Ersuchen der türkischen Behörden verhaftet und in Auslieferungshaft gesteckt worden. Seither gibt es immer wieder Protestaktionen, mit denen seine Freilassung gefordert wird. Die türkischen Behörden werfen ihm vor, er habe sich in der Zeit von 1994 bis 1995 im Alter von 15 beziehungsweise 16 Jahren im

Rahmen von bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen zwischen einer separatistischen Kurdenorganisation und türkischen Sicherheitskräften strafbar gemacht. Insbesondere wird dem Kurden, der seit 1996 in der Schweiz lebt und hier vorläufig aufgenommen wurde, die Beteiligung an einem Polizistenmord vorgeworfen. (*Quelle: Baz.ch, 30.01.07*)

---

*Sehr verehrte Leserin, sehr verehrter Leser,*

*Wir möchten an Sie appellieren, uns mitzuteilen falls Sie eine e-mail-Adresse haben, denn der Versand über e-mail ist kostengünstiger und schneller.*

**Wir möchten Sie gleichzeitig auf unsere aktualisierten WEB-Seiten in Deutsch und Englisch hinweisen, die interessante Beiträge enthalten. Diese Beiträge tragen nicht unbedingt unsere Meinung, sondern geben die aktuell für unser Themengebiet interessanten Diskussionen wieder. Besuchen Sie doch einmal [www.kurden.de](http://www.kurden.de).**

*Mit freundlichen Grüßen.*

*Ihre Redaktion*

---

## **PUBLIKATIONEN**

### **Die Kinder des Engel Pfau – Religion und Geschichte der kurdischen Yezidi Johannes Düchting**

**KOMKAR Publikation, ISBN: 3-927213-23-3, Preis: 20,00 Euro**

In Kurdistan ist eine der ältesten Religionen der Menschheit beheimatet: die Religion der Yezidi. Auf Grund von Migration und Vertreibung leben inzwischen aber auch in der Bundesrepublik Deutschland zehntausende Anhänger dieser Religion. Hier dürfte sie inzwischen nach Christen, Moslems und Juden die viertgrößte Religionsgruppe sein. Bekannt ist einer breiten Öffentlichkeit aber so gut wie nichts über sie. Lediglich von „Teufelsanbetern“ oder einer „Geheimreligion“ wird gemunkelt und alle paar Wochen verbreitet ein deutsches Montagsmagazin Schauergeschichten über die Religionsgruppe. Allenfalls weiß man noch aus der Lektüre Karls Mays, dass die Yezidi irgendwo im „wilden Kurdistan“ beheimatet sind.

Johannes Düchting, Vorstandsmitglied des Internationalen Zentrums für Menschenrechte der Kurden, berichtet in seinem im November 2004 erschienenen Werk kenntnisreich über die Inhalte der yezidischen Religion und die Geschichte des yezidischen Volkes. Der Autor zählt zahlreiche Angehörige der Religion zu seinem Bekanntenkreis und hat mehrfach die Heimatregion der Yezidi (zuletzt im September 2004 das im Nord-Irak gelegene religiöse Zentrum von Sheikh Adi) besucht. Schwerpunkt des ersten Teils des auf zwei Bände konzipierten Werkes sind die Inhalte und die Praxis der yezidischen Religion, die der Autor im Vergleich mit zahlreichen anderen kurdischen und nah-östlichen Religionen darstellt, die Einfluss auf die Yezidi-Religion genommen haben, aber auch von dieser beeinflusst worden sind. **Bestellung: beim IMK e.V.**

---

### **Dokumentation: Trauma und Therapie Erfahrungen in der psychosozialen Arbeit mit Überlebenden von Krieg und Gewalt**

Mit Beiträgen von: Knut Rauchfuss, Imihan Zorlu, Hamidiye Ünal, Jutta Bierwirth, Cinur Ghaderi, Karin Griesse, Dr. med. Hubertus Adam, Dr. med. Joachim Walter, Salah Ahmad, Joachim Sobotta und Johannes Düchting  
Das Internationale Zentrum für Menschenrechte der Kurden und die Medizinische Flüchtlingshilfe haben in den Jahren 2002 und 2003 eine Reihe von Fortbildungsveranstaltungen für MitarbeiterInnen und KollegInnen in der Arbeit mit Kriegs- und Gewaltopfern sowie für andere beruflich motivierte InteressentInnen durchgeführt. Im Rahmen der Fortbildungsreihe stellten ExpertInnen aus unterschiedlichen Feldern der psychosozialen Arbeit ihre Erfahrungen im Umgang mit Opfern von Krieg und staatlicher Gewalt vor und referierten über Entstehungsbedingungen von Traumata, Therapiemethoden sowie über die vielschichtigen gesellschaftlichen Hindernisse in der Arbeit mit Betroffenen.

Ein Teil der Vorträge dieser Fortbildungsreihe, ergänzt um eigene Beiträge der HerausgeberInnen, haben zu diesem Buch geführt. Es soll dazu beitragen, die Diskussion um Methoden und Ziele psychosozialer Arbeit mit Überlebenden von Krieg und Folter fortzuführen.

**ISBN 3 – 933881 – 19 – 6, Zu beziehen über IMK e.V., Preis: 21,- Euro (incl. Versandkosten)**

---

### **"Mord im Namen der Ehre"**

**Entwicklung und Hintergründe von "Ehrenmorden" – eine in Kurdistan verbreitete Form der Gewalt gegen Frauen**

Eine besonders verabscheuenswürdige Form der Gewalt gegen Frauen sind die "Morde im Namen der Ehre," die bis heute im Nahen Osten und vor allem auch in Kurdistan üblich sind, ja sogar in den letzten Jahren häufiger geworden zu sein scheinen. Immer wieder werden dort Frauen ermordet, nur weil sie in Konflikt mit den rigiden herrschenden Moralvorstellungen geraten sind.

Was sind die Gründe dafür, dass zahlreiche Frauen umgebracht werden, nur um die angeblich durch sie befleckte Familienehre zu reinigen? Stehen die "Ehrenmorde" mit dem Erstarken des Islam und seinen Moralvorstellungen im Zusammenhang? Warum sind diese Morde vor allem in Kurdistan zu beobachten, handelt es sich bei ihnen etwa um eine "kurdische Tradition"? Diesen Fragen gehen in diesem Buch zwei kurdische Wissenschaftlerinnen nach. Die Rechtsanwältin Hamiyet Izol untersucht das Phänomen in den türkischen Teilen Kurdistans, Dr. Mukaddes Sahin in den irakischen Teilen des Landes, vor allem in den sog. kurdischen Selbstverwaltungsgebieten, die schon vor dem Sturz des Saddam-Regimes dem Zugriff des Tyrannen entzogen waren. Johannes Düchting informiert darüber, wie das deutsche Flüchtlingsrecht mit Frauen umgeht, die Gefahr laufen, in ihrer Heimat Opfer von "Ehrenmorden" zu werden.

Zu beziehen über IMK e.V. Preis: **12,- Euro (incl. Versandkosten)**

### **AUSLÄNDER IM EIGENEN LAND - Die Situation staatenloser Kurden in Syrien**

In der Provinz Hasaka wurde 1962 ca. 120.000 Kurden die syrische Staatsangehörigkeit entzogen, sie wurden so zu Staatenlosen, zu Ausländern im eigenen Land.

Die vorliegende Dokumentation beschäftigt sich mit der Situation dieser Bevölkerungsgruppe. Unser Ziel ist es, in einem ersten Schritt sowohl die Hintergründe ihrer Ausbürgerung als auch deren bis in die Gegenwart reichende Folgen darzustellen. Gezeigt wird, dass die Ausbürgerungskampagne von 1962 integraler Bestandteil der allgemeinen Arabisierungsbemühungen der syrischen Regierung gewesen ist und dass die syrische Politik gegenüber den (staatenlosen) Kurden bis in die Gegenwart durch diese Arabisierungslogik geprägt wird.

In einem zweiten Schritt wird aufgezeigt, gegen welche nationalen Gesetze und internationale Abkommen die syrische Praxis gegenüber Staatenlosen verstößt.

Dieser Teil der Studie schließt mit einer Reihe von Empfehlungen zur Verbesserung der Situation der Staatenlosen, die insbesondere an die syrische Regierung, aber auch an andere internationale Akteure gerichtet sind.

Die Situation der aus Syrien stammenden „staatenlosen“ Kurden hat inzwischen auch die deutschen Behörden und Gerichte beschäftigt. Immer mehr dieser Kurden gelingt die Flucht nach Europa und in die Bundesrepublik Deutschland, wo sie, um ihren Aufenthalt hier zu sichern, zumeist Asyl beantragen.

Lange Zeit spielte es in den Asylverfahren keine Rolle, ob es sich bei den Asylbewerbern um Kurden mit oder ohne syrische Staatsangehörigkeit handelte.

Etwa Anfang 2001 änderte sich jedoch die Rechtsprechung hinsichtlich dieses Personenkreises. Inzwischen werden in Deutschland Asylanträge, die sich darauf stützen, dass man staatenloser Kurde aus Syrien sei, regelmäßig abgelehnt. Da zur Situation staatenloser Kurden kaum Veröffentlichungen in deutscher Sprache vorliegen, hoffen wir mit unserer Dokumentation einen wichtigen Beitrag zu diesem Thema geleistet zu haben. Mit Beiträgen von Eva Savelsberg, Siamend Hajo und Celal Abbas Kömür sowie Johannes Düchting

**Zu beziehen über IMK e.V. Preis: 10,- Euro (incl. Versandkosten)**

---

### **Drei Bücher des französischen Autors Francois-Xavier Lovat aus Paris**

**Francois-Xavier Lovat bereiste im Jahr 1963 zum ersten Mal den Irak. Seitdem hat er drei Bücher herausgebracht, die wunderschöne und beeindruckende Fotos enthalten. Sie sind nachfolgend beschrieben:**

#### **KURDISTAN, Irak**

140 wunderschöne Farbfotos – eine Ansammlung von Schnappschüssen mit kurzer historischer Beschreibung. Das Buch versucht auf, das tägliche Leben der Kurden im Irak, die zerrissen von zerstöre-

rischen Kriegen und Opfer des doppelten Embargos der Vereinten Nationen und der Regierung von Bagdad sind, wiederzugeben.

Geschrieben in kurdischer, französischer und englischer Sprache.  
(103 Seiten, €24,-- einschl. Versand)

### **KURDISTAN DEMOCRATIC PARTY**

Dieses Buch, mit ca. 140 farbigen beeindruckenden Aufnahmen und Portraits sowie Fotos von zahlreichen Veteranen des historischen Marsches vom 27. April bis 18. Juni 1947, der sie nach dem Zusammenbruch der Mahabad Republik nach Russland in Sicherheit führte, beschreibt die Entwicklung der KDP von 1946 bis 1999.

Geschrieben in englischer und arabischer Sprache. (128 Seiten, €24,-- einschl. Versand)

### **KURDISTAN : LAND of GOD – GOTTESLAND**

In diesem Buch mit 114 wunderschönen Farbfotos sind alle Religionen beschrieben, die Kurdistan zu einem einzigartigen Land Gottes gemacht haben. Im mittleren Osten, der Wiege aller Zivilisation und der monotheistischen Religionen, umgeben von Blutdurst und Gewalttätigkeit, im Zentrum der schlimmsten Massaker und der größten Toleranz, ist Kurdistan einzigartig.

Dieser Kreuzpunkt großer Wanderungsbewegungen und daher von intensivem wirtschaftlichen, kulturellen und religiösen Austausch, wurde mit seinen Bergen eine Zufluchtstätte für die Unterdrückten, die sehr oft Opfer von religiösen Verfolgungen waren. Diese Geographie hilft, die extreme Vielfalt der Religionen in Kurdistan zu verstehen.

Geschrieben in kurdischer, englischer und deutscher Sprache.  
(140 Seiten, €34,-- einschl. Versand)

***Alle drei Bücher können über das IMK bezogen werden.***

ISSN 1438- 08 , Herausgeber: IMK e.V., Postfach 200738, D-53137 Bonn,

Telefon: + 49 228 362 802, Fax: + 49 228 36 32 97

e-mail: [imkkurds@aol.com](mailto:imkkurds@aol.com), Website: <http://www.kurden.de>

Verantwortlicher Leiter: Abubekir Saydam

#### **Abonnementbedingungen (pro Jahr):**

- Stiftungen, Parteien, Regierungen und internationale Organisationen sowie Gremien: 92,00 €
- Gerichte, Rechtsanwälte, Menschenrechtsorganisationen, Flüchtlingsberatungsstellen: 46,00 €
- Förderabonnement, Einzelpersonen und kleinere Vereine: 31,00 €

Bankverbindung : Bank für Sozialwirtschaft Köln, BLZ: 370 205 00, Geschäfts-Konto: 83457 00

Spendenkonto: 83457 01

Für Auslandsüberweisungen: BIC: BFSWDE33

IBAN: DE82 3702 0500 0008 3457 00